



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 10/11

Oktober/November 1986

Grafik des Monats: Öffentliche Abfallbeseitigung

Aufsätze: Hochschulstatistiken

Kurzberichte: Bauwirtschaft
Fremdenverkehr

Volkszählung 1987

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		August 1986		Januar bis August 1986	
Beschäftigte	1 000	169	+ 0,8	166	+ 0,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	+ 0,9	16	- 1,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	550	+ 2,2	540	+ 4,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 798	- 3,1	2 958	- 0,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 222	+ 0,1	2 328	+ 0,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	577	- 13,9	630	- 3,2
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 702	+ 14,9	1 595	- 6,6
aus dem Inland	Mill. DM	1 237	+ 23,3	1 102	- 3,6
aus dem Ausland	Mill. DM	465	- 2,8	493	- 12,8
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	41	- 5,8	39	- 6,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 5,4	4	- 3,1
Lohn- und Gehaltssumme ³	Mill. DM	112	- 9,0	93	- 3,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	382	+ 0,6	277	+ 1,7
Auftragseingang ⁴	Mill. DM	217	+ 17,7	219	+ 12,6
Baugenehmigungen ⁵					
Wohnbau	Wohnungen	571	- 8,9	651	- 11,5
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	316	- 27,9	350	- 16,3
Einzelhandel					
		Juli 1986		Januar bis Juli 1986	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	118,8	- 1,2	109,6	+ 2,0
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	154,9	+ 2,3	107,4	+ 2,4
Fremdenverkehr ⁶					
		Juni 1986		Januar bis Juni 1986	
Ankünfte	1 000	390	+ 7,7	225	+ 8,7
Übernachtungen	1 000	2 140	- 1,3	1 063	+ 4,6
Arbeitsmarkt					
		August 1986		Januar bis August 1986	
Arbeitslose	Anzahl	105 154	- 5,1	118 147	- 0,5
Außenhandel					
		Juli 1986		Januar bis Juli 1986	
Ausfuhr	Mill. DM	700,1	- 31,0	779,3	- 8,0
Kredite ⁷					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 816	+ 2,0	10 010	+ 3,5
mittel- und langfristige Kredite ⁸	Mill. DM	46 376	+ 6,9	45 786	+ 6,5

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Ab Januar 1986 lohnsteuerpflichtige Bruttobezüge, daher Veränderungsraten mit eingeschränktem Aussagewert

4) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

5) Nur Errichtung neuer Gebäude

6) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

7) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

8) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 10/11 - 1986

	Seite
Aktuelle Auslese	199
Aufsätze	
Der Hochschulbereich im Spiegelbild der Hochschulstatistik	200
Kurzberichte	
Die Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1986	217
Erfreuliche Halbjahresbilanz im Fremdenverkehr	218
Volkszählung 1987	219
Grafik des Monats	208
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1986
112 Seiten, Preis 2,50 DM

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 5/1986

Volkszählung 1987
Kommunalwahl 1986 (Teil I)
Bruttoinlandsprodukt 1985
Hochschulprüfungen
Lehrernachwuchs

Heft 6/1986

Rehabilitationsmaßnahmen 1984
Verarbeitendes Gewerbe

Heft 7/1986

Öffentliche Wasserversorgung
Altersstruktur der Landwirte
Umsätze im verarbeitenden Gewerbe
Unternehmensergebnisse der HGZ
Kaufwerte für Bauland

Heft 8/1986

Kommunalwahl 1986 (Teil 2 und 3)
Außenhandel 1985
Bevölkerungsentwicklung 1985
Studenten im SS 1986

Heft 9/1986

Kommunalwahl 1986 (Teil 4)
Realsteuervergleich 1985

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Volkszählung 1987	5/104
Bevölkerungsentwicklung 1985	8/173
Gesundheitswesen	
Krankenhauspatientenstatistik	1/4
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1985/86	1/17
Studenten WS 85/86	2/37
Hochschulprüfungen	5/118
Lehrernachwuchs an den Seminaren	5/120
Studenten im SS 1986	8/175
Wahlen	
Kommunalwahl 1986 (Teil 1)	5/106
Kommunalwahl 1986 (Teil 2 und 3)	8/164
Kommunalwahl 1986 (Teil 4)	9/186
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Viehbestände	2/38
Bienenhaltung	3/44
Altersstruktur der Landwirte	7/152
Produzierendes Gewerbe	
Baugeräte	3/58
Verarbeitendes Gewerbe	6/100
Umsätze im verarbeitenden Gewerbe	7/105
Handel und Gastgewerbe	
Unternehmensergebnisse der HGZ	7/155
Außenhandel 1985	8/169
Verkehr	
Güterverkehr	3/52
Öffentliche Sozialleistungen	
Rehabilitationsmaßnahmen 1984	6/124
Öffentliche Finanzen	
Realsteuervergleich 1985	9/192
Preise	
Kaufwerte für Bauland	7/156
Versorgung und Verbrauch	
Vermögensbildung der Haushalte	2/32
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Staatsverbrauch	2/24
Bruttoinlandsprodukt 1985	5/117
Umweltschutz	
Öffentliche Wasserversorgung	7/144
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1985	4/63



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 10/11

Oktober/November 1986

Aktuelle Auslese

Verhaltener Beschäftigtenzuwachs im verarbeitenden Gewerbe



Der Beschäftigtenzuwachs im verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins wird gegenwärtig durch die Werttenkrise spürbar gebremst: Ende August 1986 waren im Schiffbau fast 1 250 Personen weniger tätig als 12 Monate zuvor. Somit verlor in diesem Wirtschaftszweig binnen Jahresfrist etwa jeder zehnte Beschäftigte seinen Arbeitsplatz. Läßt man den Schiffbau dagegen außer Ansatz, so erhöhte sich der Personalstand des verarbeitenden Gewerbes im gleichen Zeitraum nicht um 0,8 %, sondern um 1,6 %. Dies entspricht einem Zugang von knapp 2 550 Arbeitskräften. Ihre Beschäftigtenzahl erhöht haben hauptsächlich der Maschinenbau und die feinmechanischen und optischen Betriebe.

Hohe Getreide- und Rapserte



Auf einer Anbaufläche von 367 000 ha wurden 1986 2,44 Mill. t Getreide geerntet, von denen die Hälfte Winterweizen waren. Die Erntemenge übertrifft das vorjährige Ergebnis um 9 % und ist die bisher größte in Schleswig-Holstein. Ungünstige Witterungsverhältnisse in der zweiten August- und in der ersten Septemberhälfte beeinträchtigten die Erntebergung und teilweise die Qualität spätreifender Getreidearten, besonders von Weizen. Einerseits wurden verstärkt die ertragreicheren Wintergetreidearten angebaut, andererseits wurden erheblich über dem mehrjährigen Durchschnitt liegende Hektarerträge erzielt. Der Hektarertrag beim Winterweizen stieg erstmals auf

80 dt/ha an. Die überwiegend auf leichteren Standorten angebaute Sommergerste erreichte mit 44 dt/ha aufgrund der Sommertrockenheit nicht das vorjährige Ertragsniveau. Auch der Raps erbrachte mit knapp 37 dt/ha den bisher höchsten Hektarertrag. Die Erntemenge betrug bei einer Anbaufläche von 91 000 ha 330 000 t und übertraf die des Vorjahres um 8 %.

Personal- und Personalnebenkosten 1984



Im produzierenden Gewerbe erhöhten sich die Personalnebenkosten je Arbeitnehmer im Geschäftsjahr 1984 gegenüber 1981 um 14,4 %. Bei den Angestellten stiegen sie mit 13,9 % etwas stärker als bei den Arbeitern (13,7 %). Der Bruttolohn der Arbeiter nahm um 11,3 % und das Bruttogehalt der Angestellten um 13,2 % zu. Die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer insgesamt stiegen um 12,9 %, also nicht so stark wie die Personalnebenkosten. Die Personalkosten insgesamt je Arbeitnehmer erhöhten sich um 14,0 %; bei den Arbeitern waren es 12,9 % und bei den Angestellten 13,6 %. Daß hier die Zuwächse der Gesamtgröße Arbeitnehmer höher sind als die der Teilmengen, liegt an Strukturverschiebungen zugunsten der Angestellten.

Im Bereich Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe, wo nicht nach Arbeitern und Angestellten unterschieden wird, nahmen die Personalnebenkosten um 21,3 % zu, die Bruttolöhne und -gehälter stiegen um 15,3 %, und die Personalkosten insgesamt je Arbeitnehmer erhöhten sich um 16,8 %.

Der Hochschulbereich im Spiegelbild der Hochschulstatistik

Angesichts der hohen Studentenzahlen, der damit verbundenen Überlastung der Hochschulen, der knapper werdenden finanziellen Mittel und der zunehmenden Unsicherheiten auf dem akademischen Arbeitsmarkt sind Daten über das Hochschulwesen von besonderer Bedeutung. Das systematische Sammeln und Aufbereiten solcher Fakten ist Aufgabe der Hochschulstatistik.

Dieser Aufsatz soll zum besseren Verständnis der Probleme vorab gerafft die historische Entwicklung der akademischen Ausbildung in Deutschland und die gegenwärtigen Planungsgrundlagen darstellen sowie die Instrumente und die Beiträge der hochschulstatistischen Erhebungen aufzeigen.

Diese Ausführungen sind als Ergänzung des Aufsatzes „Quo vadis Hochschulstatistik“ in Heft 8/1985 dieser Zeitschrift gedacht, in dem auch auf die aktuellen Fragen der Hochschulstatistik eingegangen wurde.

Exkurs: Historische Entwicklungsbedingungen der akademischen Ausbildung

Die mittelalterliche Universität hatte ihren Rang und ihre Universalität erst erhalten, als sie über die schulische Enge hinausging und Qualifikationsgrundlagen für anspruchsvolle Berufe schuf. Der absolutistische Staat machte sich diese „Berufsbezogenheit“ der Hochschulbildung dienstbar, indem er Schlüsselberufe akademisch normierte¹ (Beamtenstatus: für Geistliche, Lehrer und Verwaltungskräfte; Freiberuflerstatus: für Ärzte, Anwälte usw.) und damit wichtige Grundlagen für das aufkommende Industriezeitalter und den modernen Staat schuf und gleichzeitig zu einer Ausweitung der Akademikerarbeitsplätze beitrug.

Die Entwicklung von Akademikerarbeitsmärkten vollzog sich in drei Richtungen: Es bildeten sich Berufsprofile

für die hoheitlichen Staatsaufgaben und für die wissenschaftliche Lehre und Forschung, die freiberuflichen Tätigkeiten wurden akademisiert.²

An der Entstehung der staatsbürokratischen Berufe hatte besonders der absolutistische Staat ein Interesse, weil er Fachkräfte in Rechtsprechung und Verwaltung benötigte. Entsprechend wurden die rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten ausgebaut. Gleichzeitig wurden universitäre Ausbildung und hoheitliche Berufspraxis durch Einführung von Staatsprüfungen und Referendariaten, durch Einflußnahme auf Ausbildungsziele und Auswahl des Lehrpersonals verkoppelt. Da infolge der wirtschaftlichen Entwicklung die staatlichen Aufgaben in Bereichen wie Bergbau, Ackerbau, Brückenbau, Landvermessung, Forstwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen nicht mehr von nur juristisch vorgebildeten Beamten wahrgenommen werden konnten, führte der wachsende Bedarf an Spezialisten zur Gründung von Fachschulen und Akademien und zum Ausbau der polytechnischen Anstalten, die später technische Hochschulen wurden und bald die Gleichstellung mit den Universitäten verlangten.

Als Beispiel, wie die freien Berufe entstanden und akademisiert wurden, soll der Medizinerberuf dienen: Lag die Wahrnehmung der medizinischen Versorgung bis Ende des 17. Jahrhunderts fast vollständig in den Händen von Praktikern, die ihre Kenntnisse durch Überlieferung erworben haben, so wuchs erst im absolutistischen Staat — aufgrund militärischer und ökonomischer Erwägungen — das Interesse an einer besseren Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Staatliche Förderung und wissenschaftliche Entwicklung ermöglichten die Wissensvermittlung zu formalisieren und die Mediziner akademisch auszubilden. Es entstanden medizinische Akademien und staatliche Berufspositionen für die Absolventen medizinischer Disziplinen. Als allgemeine Vorbedingung der Berufsausübung wurde zur Feststellung der Qualifikation — wie bei den Juristen — eine Staatsprüfung eingeführt. Ähnliche Entwicklungen ergaben sich mit zunehmender Arbeitsteilung auch für andere freie Berufe (Rechtsanwälte, später Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Architekten usw.).

1) Strobel, Möglichkeiten und Grenzen eines hochschulökonomischen Kennzahlensystems mit Hilfe der amtlichen Statistik, in: Fachgespräche zur Hochschulstatistik, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1983, S. 50

2) Ruffert, Implementationsprobleme beschäftigungsorientierter Flexibilitätskonzepte in der Studienreform, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beitrag AB 93, Nürnberg 1985, S. 149ff.

Auch die Entstehung der wissenschaftlichen Berufe beschleunigte sich, als die berufsbildende Funktion der Universitäten durch den Staat entdeckt und gefördert wurde. Durchmischungsprozesse im Wege externer Berufungen und die Verfeinerung der Drucktechnik verbesserten die wissenschaftliche Kommunikation und trugen dadurch zur Angleichung professoraler bzw. berufsständischer Qualifikationsmerkmale bei. Die positivistische Einstellung zum Forschungsprozeß als Selbstzweck, d. h. zu einem Erkenntnisstreben, das nur seinen eigenen Gesetzen unterliegt, und der daraus abgeleitete Anspruch auf staatliche Förderung ohne Eingriffe des Staates, ermöglichten das professorale Berufsethos. Forschung und Lehre waren eng verknüpft, weil die Forschungsleistung den Zutritt zum Professorenamt eröffnete.

Die sich anbahnende Bedrohung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der Hochschulen — durch die Überbetonung der Berufsausbildung — konnte in Preußen mit den Humboldtschen Reformen Anfang des 19. Jahrhunderts früh abgewendet werden und führte durch die Autonomisierung der Universitäten teilweise zu einer Zweistufenausbildung (Referendariate, Staatsexamina). Während die reformierte, neuhumanistisch ausgerichtete Ausbildung an den preußischen Universitäten sich stärker der Vermittlung eines breiten Allgemeinwissens zuwandte, vollzog sich die praktische Ausbildung der angehenden Staatsdiener durch die Staatsbeamten selbst. Die Examensnormierung und nachfolgende Berufsnormierung blieb jedoch in den Händen des Staates. Die Hochschulleistung baute auf der Individualität professoraler Leistungsträger auf. Triebkraft war der Ehrgeiz, die Selbstkontrolle, der Erkenntnisdrang und das Streben nach Anerkennung durch die Wissenschaftswelt. Es war weitgehend der individuellen Leistungsfähigkeit und Verantwortung der Leistungsträger anheimgestellt, wie sie ihre Aufgaben erfüllen und wie sie ihre Mittel dafür einsetzen.³

Das Traditionskonzept Humboldtscher Prägung, in dem einzelne Hochschulen miteinander konkurrierten und vom Staat nur über die Zuteilung und Bewirtschaftung der Haushaltsmittel „an losen Zügeln“ gelenkt wurden, blieb auch an den Hochschulen der Bundesrepublik bis in die 70er Jahre im wesentlichen erhalten.

Erst durch den sich in den 60er Jahren abzeichnenden Akademikermangel und durch die Mobilisierung von Bildungsreserven — ermuntert durch Thesen einer „soziologischen“ Bildungsökonomie, bei der die An-

alyse soziologischer und gesellschaftspolitischer Probleme der Chancengleichheit im Vordergrund stand (Dahrendorf: „Bildung ist Bürgerrecht.“) — kam die gesamtstaatliche Planung der Bildungspolitik in die politische Diskussion. Sie führte zu den Bildungsreformen und zur Hochschulöffnung auf breiter Basis. Auf Grund von entsprechenden Landesgesetzen wurden — neben den bisherigen Universitäten, pädagogischen Hochschulen und Kunsthochschulen — Fachhochschulen und Gesamthochschulen gegründet.

Durch Grundgesetzänderung wurden 1969 der Ausbau und Neubau von Hochschulen (Artikel 91 a Abs. 1 GG), die überregionale Forschungsförderung und die Bildungsplanung (Artikel 91 b GG) als Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern verfassungsrechtlich verankert. Darüber hinaus erhielt der Bund die Kompetenz für ein Hochschulrahmengesetz (Artikel 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG) und für die gesetzliche Regelung der Ausbildungsbeihilfen (Artikel 74 Nr. 13 GG). Durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern wurde 1970 für die Aufgaben nach Art. 91 b GG die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung geschaffen. Sie soll im Elementar-, Sekundar- und Tertiärbereich die Planung betreiben. Der erste Bildungsgesamtplan mit der zeitlichen Perspektive 1970 bis 1985 wurde 1973 verabschiedet.

Das Hochschulbauförderungsgesetz (HBFVG) und der Regierungsentwurf eines Hochschulrahmengesetzes des Bundes steckten den Rahmen für den Bedarf an statistischen Planungsdaten ab. Im August 1971 wurde das Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (HStatG) erlassen.

Zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG gemäß Hochschulbauförderungsgesetz stellt der von Bund und Ländern gebildete Planungsausschuß einen gemeinsamen Rahmenplan mit einer Laufzeit von vier Jahren auf; aus ihm ergeben sich der jeweilige Ausbaustand, die Planungsziele für den weiteren Ausbau, die Bau- und Beschaffungsvorhaben sowie die im nächsten Jahr bereitzustellenden Mittel. Die mittelfristigen Rahmenpläne für den Hochschulbau gehen von den allgemeinen qualitativen und quantitativen Zielvorgaben des Hochschulbauförderungsgesetzes aus. Auf dieser Grundlage melden die Länder die Vorhaben zur Aufnahme in den Rahmenplan an. Der Plan ist jährlich der Entwicklung anzupassen und um ein weiteres Jahr fortzuschreiben. Die Durchführung der in den Rahmenplan aufgenommenen Vorhaben ist Aufgabe der Länder.

Bereits bevor der Hochschulbau Gemeinschaftsaufgabe wurde, hatten Bund und Länder den Ausbau der be-

3) Strobel, a.a.O., S. 51

stehenden wissenschaftlichen Hochschulen gemeinsam finanziert. Die Gemeinschaftsaufgabe brachte jedoch

- die Festlegung der langfristigen Ziele und der einzelnen Vorhaben des Hochschulbaus in einem gemeinsam aufzustellenden und jährlich fortzuschreibenden Rahmenplan und damit verbunden eine politische Verantwortung von Bund und Ländern für die Hochschulplanung;
- die Einbeziehung von neu errichteten Hochschulen;
- den Rechtsanspruch der Länder auf Erstattung der Hälfte der ihnen nach Maßgabe des Rahmenplans entstandenen Ausgaben.

Ausschlaggebend war vor allem die Erkenntnis, daß das einzelne Land weder für sich allein noch zusammen mit den anderen Ländern oder mit dem Bund in der Lage ist, beim Ausbau und Neubau der Hochschulen auch überregionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Gemeinschaftsaufgabe erfaßte ursprünglich nur die wissenschaftlichen Hochschulen, 1970 wurde sie jedoch auf alle Hochschulen ausgedehnt.

Weitere Änderungen des HBFVG brachte insbesondere das Hochschulrahmengesetz von 1976: Die allgemeinen Grundsätze wurden um „Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung“ erweitert. Außerdem wurde die gesonderte Ausweisung der Mittel für den Ausbau und Neubau von Hochschulen in den Haushaltsplänen von Bund und Ländern vorgeschrieben. In die Gemeinschaftsaufgabe sind jedoch nur diejenigen Hochschulen einbezogen, die in der Anlage zum HBFVG (Hochschulverzeichnis) enthalten sind. Die Bundesregierung kann diese Anlage durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats ergänzen.

Das dritte Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom 14. November 1985 (BGBl. I S. 2090) hat zur Folge, daß auf Landesebene das Hochschulgesetz und andere Landesgesetze geändert werden müssen. Durch den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 10/1668) vom 2. September 1986 sollen u. a. die Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen gestärkt, die Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs neu geordnet sowie das Fachprinzip weiter ausgebaut und die Leistungsstruktur den Bedürfnissen der Hochschulen besser angepaßt werden. Überregionale Gremien für die Studienreformen und Hochschulentwicklungspläne werden künftig entfallen.

Aufgrund der eingeleiteten Bildungsreformen und der demografischen Entwicklung stand am Anfang der 70er Jahre die schnelle Ausweitung der Aufnahmekapazität der Hochschulen im Vordergrund. Der Hochschulneubau diente gleichzeitig der raumordnungspolitisch angestrebten Regionalisierung des Studienplatzangebots. Steigende Zahlen von Studienberechtigten erzwangen jedoch, die Studienplatzvergabe für einen Teil der Fächer staatlich zu reglementieren. Mit dem Staatsvertrag zwischen den Bundesländern vom 20.10.1972 wurde für diesen Zweck eine Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund eingerichtet. Die näheren Einzelheiten regeln die Landesverordnung über die Kapazitätsermittlung, die Curricularnormwerte und die Feststellung von Zulassungszahlen (Kapazitätsverordnung)⁴, das Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen und die Landesverordnung über die Auswahl von Studienbewerbern durch die Hochschulen (Auswahlverordnung)⁵.

Die Regionalisierung des Studienplatzangebots hat u.a. zum Ziel, das Studium in der näheren Umgebung des Wohnsitzes zu ermöglichen. Ähnliche Gesichtspunkte liegen u.a. den Verfahren zur Vergabe von Studienplätzen zugrunde. Der komplizierte Ablauf der Studienplatzvergabe soll an dieser Stelle nicht geschildert werden. Festzuhalten ist, daß dazu entsprechende Landesgesetze und Verordnungen erlassen und die Staatsverträge 1978 und 1985 neu abgeschlossen wurden.

Nach dem neuesten Stand gibt es drei Wege, über die ein Hochschulzugangsberechtigter einen Studienplatz im gewünschten Fach in der Bundesrepublik Deutschland findet: Der Zugang kann frei, er kann örtlich begrenzt oder gar bundesweit beschränkt sein.

In den stärker nachgefragten Studiengängen wurden Auswahlverfahren eingeführt. An dem langfristigen Ausbauziel mußte trotz der vorübergehend hohen Studentenzahlen festgehalten werden, weil der räumliche Ausbau der Hochschulen den kurzfristigen Entwicklungen der Studentenzahlen nicht folgen konnte, sondern langer Planungs- und Realisierungszeiten bedarf und darüber hinaus in seiner Dimensionierung auf die langfristig zu erwartenden geburtenschwächeren Jahrgänge ausgerichtet ist.

4) Kapazitätsverordnung vom 11. Mai 1979, GS Schleswig-Holstein II, Gl. Nr. 221-6-24

5) Staatsvertrag vom 14. Juni 1985 in der Anlage zum Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 10. Juni 1986, GS Schleswig-Holstein, Gl. Nr. 221-10 und Auswahlverordnung — AVO vom 23. Juni 1986, GS Schl.-H. II, Gl. Nr. 221-9-19

Die Studienplatzvergabe ist nicht nur Gegenstand gerichtlicher und parteipolitischer Auseinandersetzungen, sondern spielt auch im Rahmen des hochschulinternen Wettbewerbs eine Rolle. Die Möglichkeit, bei der Erstzulassung die Eignung von Bewerbern zu prüfen, gibt es nur in künstlerischen Fächern, im Sport und ab 1986 für eine Quote von 15 % der Studienplätze in den humanmedizinischen Fächern, die aufgrund von Auswahlgesprächen vergeben werden. Die Hochschulen möchten die Selbstauswahl der Studenten ausdehnen.

Die Planungs- und Kontrollinstrumente

Die Instrumente für die überregionale Planung des Hochschulbaus wurden vom Planungsausschuß und vom Wissenschaftsrat bis etwa Mitte der 70er Jahre entwickelt und eingeführt. Gleichzeitig wurde das statistische Instrumentarium erweitert. Seitdem stehen Daten über die Raumbestände nach Fächern und Hochschulen gegliedert zur Verfügung; durch Studienplatzberechnungen nach Flächenrichtwerten bzw. -orientierungswerten können diese Raumkapazitäten nach Fächergruppen gegliedert vergleichbar gemacht werden. Für die in der Raumbestandstatistik erfaßten Bruttoflächen sind Abminderungsfaktoren nach der Kapazitätswirksamkeit und Nutzungstauglichkeit und für die Finanzplanung Kostenrichtwerte für die verschiedenen Fächergruppen und Gebäudetypen beschlossen worden.

Für die hochschulbetriebliche Ablauforganisation spielen neben absoluten Zahlen, also Bestandsgrößen, auch Kennzahlen eine wichtige Rolle. Unter Kennzahlen wird hier die Beziehung statistischer Maße in Form von Verhältniszahlen verstanden, soweit sie zur Herausstellung sachlogischer Zusammenhänge und zur Interpretation statistischen Quellenmaterials geeignet sind.

Der Aufgabe entsprechend unterscheidet man zwischen Istwerten, Sollwerten und Richtwerten. Die Istwerte beschreiben den derzeitigen Zustand, die Sollwerte werden in der Regel durch die Bewertung von Istwerten ermittelt, z. B. als Durchschnitt. Richtwerte sind Sollwerte, an denen sich Planungs- und Entscheidungsprozesse orientieren.

Kennzahlen werden insbesondere in der Phase der Planung/Entscheidung und in der Phase der Kontrolle angewendet. Auf der Grundlage von Richtwerten können Budgetentscheidungen gefällt werden, z. B. auf der Grundlage der Kosten pro Studienplatz oder auf der

Grundlage des Verhältnisses von Studenten und Lehrpersonen oder auf der Grundlage der Quadratmeter-Hauptnutzfläche pro Student. In der Phase der Kontrolle werden die erreichten Istwerte im Hinblick auf die gesetzten Aufgaben und Ziele überprüft und ggf. korrigiert.

Kennzahlen werden einerseits als Instrument zur Beschreibung der Situation und andererseits als Bewertungsmaßstab eingesetzt; wegen ihrer Informationsdichte sind sie effiziente Mittel zur Darstellung und zur Analyse von Sachverhalten, bei denen Zeitreihenvergleiche (mit Daten der Vergangenheit) und Querschnittsvergleiche (mit Daten anderer Hochschulen) in absoluten Zahlen häufig aussagegelos sind. Kennzahlen sind geeignet zur Darstellung von Ausstattung, Mittelverbrauch und quantitativer Leistungen der Hochschulen sowie für die hochschulinterne Verteilung der Sach- und Personalmittel.

Neben hochschulinternen Kennzahlen (Mikroindikatoren) spielen insbesondere Kennzahlen auf gesamtstaatlicher Ebene (Makroindikatoren) eine Rolle. Kennzahlen sollen bessere Vergleiche zwischen einzelnen Hochschulen desselben Landes, zwischen Bundesländern und auf internationaler Ebene ermöglichen. Sie dienen der Begründung oder Ablehnung von Forderungen; sie können also zielgerichtet gebildet werden und sind daher zum Teil umstritten.

Der Wissenschaftsrat⁶ arbeitet bereits mit Kennzahlen bei seinen Stellungnahmen und Empfehlungen zur

- Investitionsplanung für die Hochschulen (Auslastung Raumkapazität als Studenten je 100 Studienplätze, Flächenrichtwerte als Raumbedarf m² Hauptnutzfläche pro Student)
- Beurteilung von Investitionsprojekten (Kostenrichtwerte und Richtwerte für Dimensionierung von Mensen oder Bibliotheken)
- Personalausstattung (Relation wissenschaftliches zu nichtwissenschaftlichem Personal, Studenten bzw. Studienanfänger je Stelle wissenschaftliches Personal, Studienanfänger pro Jahr je Stelle für wissenschaftliches Personal = Personalrichtwerte des Wissenschaftsrates)
- Finanzausstattung (Drittmittel je Stelle für wissenschaftliches Personal, Sachmittel je Stelle für wissenschaftliches Personal).

6) Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom 6. Juli 1979 und Empfehlungen zum 16. Rahmenplan, Band 1, S. 25

Für die Messung der Auslastung der Raumkapazitäten wird z. B. vom Wissenschaftsrat als Kennzahl das Verhältnis der Zahl der Studienplätze zur Zahl der Studenten verwendet. Dies kann jedoch zu verzerrten Ergebnissen führen, wenn die Studienzeiten zunehmen und eine wachsende Studentenzahl auch nach dem Examen immatrikuliert bleibt. Als ergänzender Maßstab für die Bewertung der Raumausstattung wird deshalb folgende Methode angewandt: Der Studentenbestand wird hochgerechnet anhand der Studienanfänger und der aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz vorgegebenen Verweilzeiten (5 Jahre, bei Fachhochschulen 3,5 Jahre). Die Alternativrechnungen kommen, wie das Beispiel der Bundesdurchschnittsergebnisse für 1985 zeigt, zu unterschiedlichen Ergebnissen der Raumauslastung:

Hochschularten	Studenten	Hochgerechnete Studienanfänger
	je 100 Studienplätze	
Universitäten	158	120
Pädagogische Hochschulen	75	48
Kunst- u. Musikhochschulen	161	112
Fachhochschulen	193	148

Quelle: Wissenschaftsrat, a. a. O.

Wie Berechnungen auf Landesebene zeigen, sind die Unterschiede besonders hoch bei Hochschulen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Studenten in höheren Semestern und rückläufigen Studienanfängerzahlen, z. B. an pädagogischen Hochschulen.

Die amtliche Statistik hat sich wegen methodischer Zuordnungs- und Abgrenzungsprobleme in einzelnen Hochschulstatistiken sowie fehlender Absprachen der Bundesländer bezüglich der Kennzifferndefinitionen mit Veröffentlichungen bisher zurückgehalten. Die Gesamtproblematik wurde 1983 in einem Fachgespräch über „Ermittlung und Aussagekraft von hochschulstatistischen Kennzahlen“, das die Möglichkeiten und die Grenzen derartiger Berechnungen unter besonderer Berücksichtigung der „Ausgaben je Student“ und „Student je Lehrperson“ behandelte, erörtert. Der Hochschulstatistikausschuß beschloß im April 1986, als ersten Einstieg Makrokennzahlen berechnen zu lassen und in das laufende Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes über Übergangsquoten von Schulen auf Hochschulen und bevölkerungsbezogene Bildungsquoten für Hochschulberechtigte und Studienanfänger im 1. Hochschulsemester aufzunehmen.

Über weitere Veröffentlichungen kann das Statistische Bundesamt erst befinden, wenn die eingesetzte Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz aussagefähige Kennzifferndefinitionen und das dazugehörige Basiszahlenmaterial festlegt.

Neben Vergleichen auf Bund-Länderebene spielt im hochschulinternen Wettbewerb die Selbstdarstellung der Hochschulen, d. h. die Bewertung von Forschung und Lehre, in zunehmendem Maße eine Rolle. Wenn es um die Transparenz der Leistung geht, ist ein Vergleich auf der Ebene von Fächern, Fächergruppen, Fakultäten und Universitäten schon wegen der unterschiedlichen Lehr- und Forschungsangebote und Forschungstradition — wie bereits gesagt — problematisch. Allenfalls können Hochschulen oder Fachbereiche mit ähnlichen Profilen verglichen werden.

Der Wissenschaftsrat⁷ hat zur Selbstdarstellung einer Hochschule folgende Angaben — gegliedert nach Fakultäten/Fachbereichen — als wichtig erachtet:

Personalzahlen, Zahl aller Studenten und der Studienanfänger, Relation Professoren/Studienanfänger/Studenten, abgelegte Prüfungen (darunter nicht bestandene) und Studiendauer, Notenspiegel der akademischen und der staatlichen Prüfungsämter, Zahl der Promotionen und Habilitationen, herausragende Herausgeber- und Gutachtertätigkeiten, Mitgliedschaften in überregionalen Wissenschaftsgremien, Zahl der Stipendiaten, Preise und Auszeichnungen, Berufungsbilanzen, Sonderforschungsbereiche und andere institutionalisierte Forschungsschwerpunkte, Drittmittel, Selbsteinschätzungen hinsichtlich der eigenen Schwerpunkte in Forschung und Lehre, Absolventenverbleib- und Studienverlaufsberichte.

Der frühere Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz und heutige Berliner Wissenschaftssenator Turner ist der Meinung, daß für die Leistungsbeurteilung und für den Vergleich einzelner Hochschulen nach qualitativen und quantitativen, hochschulinternen und hochschulexternen, objektiven und subjektiven Indikatoren unterschieden werden muß. Er hat einen umfassenden Kriterienkatalog aufgestellt.⁸ Die amtliche Hochschulstatistik kann dazu, wie auch zum Katalog des Wissenschaftsrates, nur zum Teil Ergebnisse liefern.

7) Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem, 1985, S. 25

8) Turner, Universitäten in der Konkurrenz, Stuttgart 1986

Die Daten über das Hochschulwesen in Schleswig-Holstein

Die amtliche Statistik soll mit ihren Istzahlen Prognosen und Plan-Ist-Vergleiche ermöglichen. Die Hauptquellen für die erforderlichen Planungs-Basisdaten und für die Kennziffernbildung sind — neben der Bevölkerungs- und Schulstatistik — die Studentenstatistik, die Prüfungsstatistik, die Hochschul-Personalstatistik, die Habilitations-Statistik, die Hochschulfinanzstatistik, die Raumbestandsstatistik und Kohortenanalyseergebnisse aus den Studienverläufen. Hieraus werden im folgenden auch einige Zahlen geboten. Weiteres Datenmaterial für das Planungs- und Kontrollinstrumentarium liefern die Hochschulverwaltungen selbst, Sondererhebungen der Kultusministerkonferenz, Empfehlungen des Wissenschaftsrates, Stichprobenanalysen der HIS-GmbH und anderer wissenschaftlicher Institute sowie die Haushaltspläne des Bundes und der Länder.

Während sich der Elementar- und der Sekundarsektor, also der Schulbereich, für einzelne Bundesländer isoliert betrachten läßt, findet für den Tertiärsektor (Hochschulbereich) — wie bereits beim Hochschulbau ausgeführt — eine überregionale Planung statt.

Dementsprechend prognostiziert die Kultusministerkonferenz die Studienanfänger-, Studenten- und Absolventenzahlen bundesweit. Sie geht beispielsweise in der jüngsten Prognose⁹ von den je Land vorausgerechneten Schülerzahlen bis zum Jahre 2000 aus und bestimmt auf dieser Basis, ohne den Zwischenschritt über die Länderergebnisse zu gehen, die Gesamtzahlen bis zum Jahre 2000 in der Bundesrepublik. Eine Herunterrechnung auf einzelne Länder oder gar Regionen bzw. Hochschulen findet nicht statt, da dies die sehr unsichere Prognose der studentischen Wanderungen voraussetzt. Die länderweise Aufteilung der Studentenprognose ist dem einzelnen Kultusministerium je nach dem dort bestehenden Informationsbedarf überlassen und kann entweder durch Anwendung der KMK-Parameter auf die Hochschulberechtigten der einzelnen Länder oder durch die Fortschreibung der Studentenzahl des jeweiligen Landes entsprechend der KMK-Prognose oder nach anderen Methoden erfolgen.

Eine Sonderrolle zwischen Schulstatistiken, von denen die Studienanfängerprognosen abgeleitet werden, und

Studentenstatistik spielt die Tendenzbefragung der Schüler, die kurz vor der Erlangung der Hochschulberechtigung stehen (Abiturientenbefragung).

Schüler in Schleswig-Holstein, die die Schule 1986 mit der allgemeinen Hochschulreife (Abitur) oder der Fachhochschulreife verlassen wollen, nach Schulart und Studienabsicht

Schulart	Mit Studienabsicht		Ohne Studienabsicht		Noch unentschieden	
	zu-sammen	dar-weiblich	zu-sammen	dar-weiblich	zu-sammen	dar-weiblich
Gymnasien						
Anzahl	3 796	1 646	1 427	981	1 729	878
%	55	47	21	28	25	25
Integrierte Gesamtschulen einschl. Freie Waldorfschulen						
Anzahl	128	72	67	45	74	35
%	48	47	25	30	28	23
Fachgymnasien - Wirtschaft -						
Anzahl	272	91	157	101	214	114
%	42	30	24	33	33	37
Fachgymnasien - Technik -						
Anzahl	297	26	48	16	109	15
%	65	46	11	28	24	26
Fachgymnasien - Sozialwirtsch. -						
Anzahl	129	101	76	67	102	88
%	42	39	25	26	33	34
Abendgymnasien						
Anzahl	21	7	5	2	12	9
%	55	39	13	11	32	50
Fachoberschulen						
Anzahl	581	84	43	20	209	67
%	70	49	5	12	25	39
Insgesamt						
Anzahl	5 224	2 027	1 823	1 232	2 449	1 206
%	55	45	19	28	26	27
Dagegen Bundesgebiet						
%	59	50	16	24	24	26

Die Ergebnisse dieser „Hochschulzugangsstatisik“ sind Absichtserklärungen der Schüler zu Fragen, ob und was und wo sie studieren wollen. Durch Fragen, woher sie kommen und wohin sie als Studienanfänger

9) Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis zum Jahr 2000, Pressemitteilung der KMK vom 20./21. Februar 1986, HST II/BID 3/1986

zu gehen beabsichtigen, können die Präferenzen für einzelne Hochschulen und die Wanderungsströme innerhalb der Bundesrepublik länderweise dargestellt werden. Darüber hinaus können für Schüler ohne Studienabsicht die Berufsziele ergründet werden.

Durch die Befragung 1986 wird der abnehmende Trend der Studierwilligkeit bestätigt. Die Tabelle zeigt die Schülerabsichten je Schulart, im Landes- und Bundesdurchschnitt sowie nach Geschlechtern. Das tatsächliche Verhalten nach erfolgreichem Schulabschluß kann hiervon wegen der zeitlichen Differenz zwischen Befragung und endgültiger Entscheidung, anderen als erwarteten Abschlußnoten, Bundeswehr oder Zivildienst usw. abweichen. Hinzu kommt, daß relativ viele Schüler unentschlossen sind, ob sie ein Studium aufnehmen sollen bzw. infolge des veränderten Verhaltens erst eine Berufsausbildung wählen. Die Zahl derjenigen, die gegebenenfalls später dann doch studieren, ist deshalb im Vergleich zum Befragungsergebnis etwas höher. Weitere Gründe für die Unterschiede zwischen Wunsch und späterer Realität sind die Verteilungsverfahren in den Numerus clausus-Fächern.

Die Entwicklungen der Studenten- und Studienanfängerzahlen seit dem Wintersemester 1969/70 an schleswig-holsteinischen Hochschulen ergibt sich aus folgender Grafik. Entsprechende Kommentierungen speziell zur Entwicklung der Frauenanteile enthält das Heft 5/6 1985 dieser Zeitschrift.

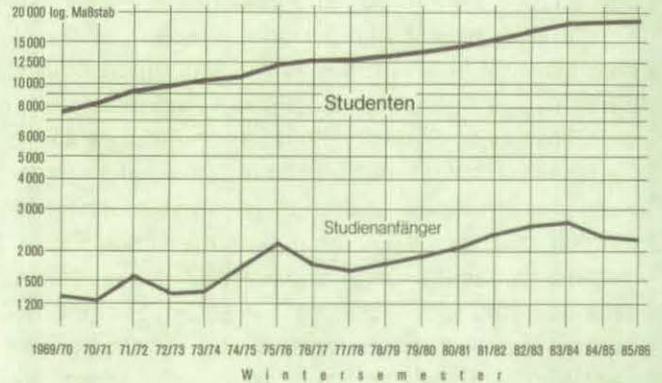
In der Grafik wurde der halblogarithmische Maßstab gewählt, damit trotz unterschiedlichen Niveaus der Absolutwerte die Veränderungsrate der drei dargestellten Hochschularten als Kurvensteigung direkt miteinander verglichen werden können. Gleiche Steigung bedeutet gleiche Veränderungsrate. Augenfällig ist, daß in allen drei Arten die Studienanfängerzahlen sich rückläufig zu entwickeln beginnen. Die Ursachen sind sinkende Jahrgangsstärken und die abnehmende Studierwilligkeit.

Außer den Studenten gibt es andere wichtige Bestandsgrößen an den Hochschulen, wobei dieser Begriff anders als sonst (Bestands- versus Stromgröße) auch Daten einschließt, die sich nicht auf einen Stichtag (wie z. B. das Personal und die Hauptnutzflächen), sondern auf einen Zeitraum (z. B. die Istaussgaben) beziehen. Da die Aufbereitung der Hochschulfinanzstatistik für 1985 noch nicht abgeschlossen ist, werden die aus dem Jahr 1984 stammenden Daten nur nachrichtlich aufgeführt und hier nur kurz abgehandelt. Von den 982 Mill. DM Istaussgaben 1984 entfielen 492 Mill. DM

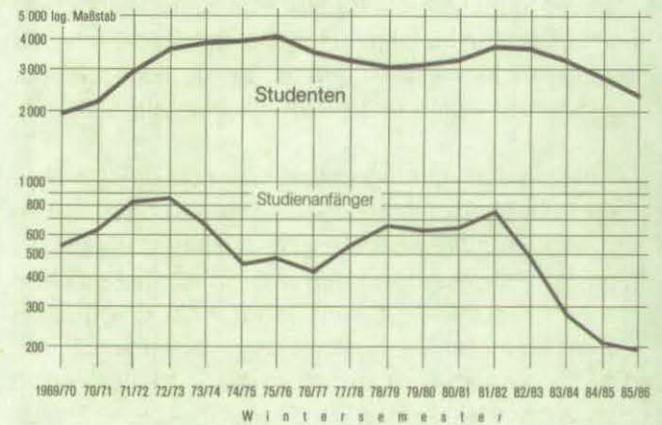
Studenten und Studienanfänger in den Wintersemestern von 1969/70 bis 1985/86 (ab 1973/74 ohne Neben Hörer)

D 5572 Stat. LA S-H

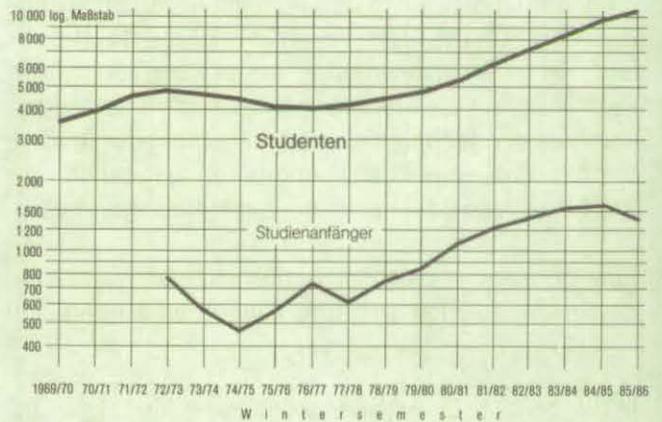
Universitäten Kiel und Lübeck



Pädagogische Hochschulen Kiel und Flensburg



Fachhochschulen¹ und Musikhochschule Lübeck



¹⁾ und ihre Vorläufer: ab WS 76/77 einschl. Verwaltungsfachhochschule Altenholz, ab WS 84/85 einschl. Fernfachhochschule Rendsburg

oder 50 % auf die Personalausgaben und 179 Mill. DM oder 18 % auf Baumaßnahmen sowie den Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen, die übrigen laufenden Ausgaben betragen 311 Mill. DM.

Bestandsgrößen der Hochschulstatistik in Schleswig-Holstein

Hochschularten	Stu- denten im WS 85/86	Personal im Okt. 1985	Hauptnutzfläche		Nach- richtlich Ausgaben 1984 in Mill. DM
			1 000 m ²	Anzahl der Räume im Dez. 1985	
Universitäten Kiel und Lübeck darunter Kliniken	18 315 —	10 336 7 099	363,8 158,7	14 585 8 308	888,8 673,1
Musikhochschule	362	155	5,2	182	8,1
Pädag. Hochschulen Flensburg und Kiel	2 356	450	17,9	443	19,8
Fachhochschulen Flensburg, Kiel und Lübeck	7 370	905	52,0	1 355	58,7
Fachhochschule Wedel	992	47	3,6	86	3,0
Fernfachhochschule Rendsburg	1 102	46	.	.	.
VFH Altenholz	862	199	2,4	58	3,3
Insgesamt	31 359	12 138	444,8	16 709	981,8

Die Bestandsgrößen-Übersicht enthält die wichtigsten Hochschulstatistik-Daten, wobei die Studentenzahlen aus der Individualerhebung und die Daten über das Personal, über Räume und die Finanzen aus Meldungen der Hochschulverwaltungen zum vorgeschriebenen Stichtag stammen. Danach entfallen auf die Universitäten (Kiel und Lübeck) 58,4 % der Studenten, aber 81,8 % der Hauptnutzfläche und 85,2 % des Personals sowie 90,5 % der Istaussgaben, während es an den staatlichen Fachhochschulen (Kiel, Flensburg, Lübeck) 23,5 % der Studenten bei 11,7 % der Hauptnutzfläche und 7,5 % des Personals sowie 6,0 % der Ausgaben waren. Die pädagogischen Hochschulen nehmen dagegen für 7,5 % der Studenten 4,0 % der Hauptnutzfläche und 3,7 % des Personals sowie 2,0 % der Ausgaben in Anspruch. Fundiertere Einsichten ergeben sich jedoch erst, wenn die einzelnen Hochschulen nach Fächergruppen analysiert werden.

In einer weiteren Tabelle werden deshalb die Daten je Hochschule über Studenten, Flächen und Personal auf die Ebene der Fächergruppen disaggregiert. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, sind jedoch folgende Begriffs- und Systematikerläuterungen sowie Einschränkungen zu beachten.

Die Studentenstatistik, die Personalerhebung und die Raumbestandserhebung werden unabhängig voneinander geführt. Die Zuordnung der Studenten zu den einzelnen Fächergruppen erfolgt nach dem ersten Studienfach (Hauptfach) des jeweiligen Studiengangs. Bei der Personal- und bei der Raumbestandserhebung werden dagegen auf der Ebene organisatorischer Einheiten (Institute/Seminare/Fakultäten) Fachgebiete und Lehr- und Forschungsbereiche zu Fächergruppen zusammengefaßt. Die Studieninhalte eines Studiengangs betreffen häufig mehrere Fachgebiete, die ihrerseits anderen Fächergruppen zugeordnet werden als das Studienfach: Ein Student der Ingenieurwissenschaften in den Fachhochschulen wird z. B. auch von Mathematikern, Physikern, u. U. auch von Wirtschaftswissenschaftlern unterrichtet.

Da es einheitliche Fächersystematiken für alle Hochschulstatistiken noch nicht gibt, sind zum Zwecke der Vergleichbarkeit die Zahlen der Studenten dem Fächergruppenschlüssel nach der Bundessystematik für das Personal und die Räume zugeordnet worden, d. h. die Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften“ umfaßt neben den Fächergruppen „Theologie, Philosophie/Geisteswissenschaften“ auch das Studienfach „Klassische Archäologie“, während die Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ zusätzlich den Studienbereich Kunst- und Musikwissenschaft (ohne Archäologie) enthält.

Die Angaben der Personalerhebung umfassen das haupt- und nebenberufliche Personal. Zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören Professoren, Hochschulassistenten, sonstige wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben; darunter zählen zum nebenberuflichen Personal: Gastprofessoren, Emeriti, Gastdozenten, Honorarprofessoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragte und Tutoren. Zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal gehören die nicht wissenschaftlich tätigen Beamten, Angestellten, Arbeiter, Auszubildende und Hilfskräfte in den Bereichen Verwaltung, Bibliothekswesen, Technik und Klinik-Pflege.

Da wesentliche Grundlage für Planungszwecke die Größe und nicht nur die Zahl der Räume ist, wird in der Raumbestandsstatistik die nutzbare Grundrißfläche

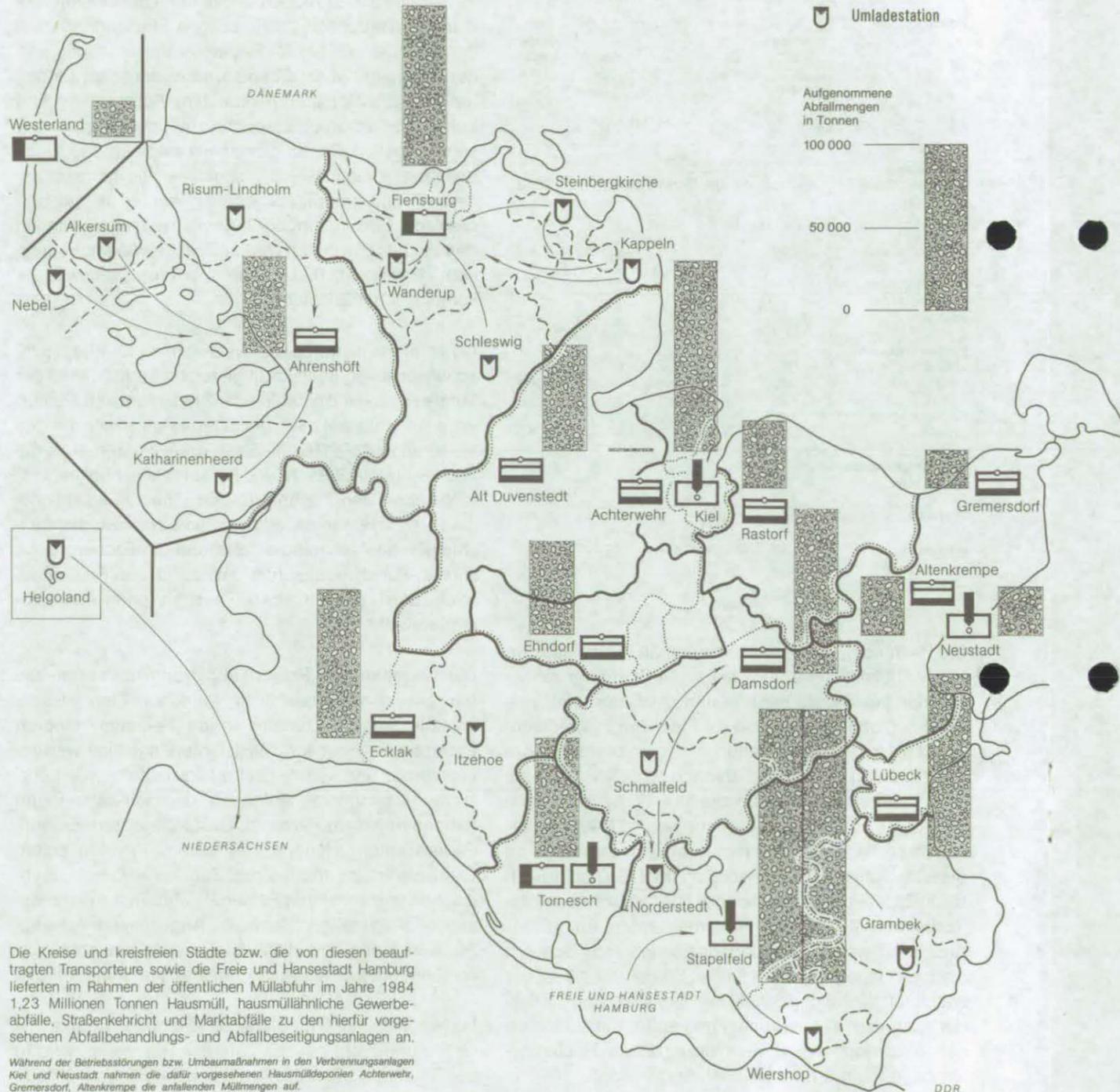
Öffentliche Abfallbeseitigung 1984

Ergebnisse der Umweltstatistiken

Standorte und Einzugsgebiete

Die aufnehmenden Anlagen – 10 Hausmülldeponien, 4 Abfallverbrennungsanlagen, 3 Kompostierungsanlagen sowie 14 zwischengeschaltete Umladestationen – sind mit ihren Einzugsgebieten (Stand 31. Dezember 1984) und den aus der öffentlichen Müllabfuhr aufgenommenen Abfallmengen dargestellt.

- Einzugsgebiet für Deponie-, Verbrennungs- und Kompostierungsanlage
- Umladestation
 - Transporttrichtung
 - Kreisgrenze
- Hausmülldeponie
 - Abfallverbrennungsanlage
 - Kompostierungsanlage
 - Umladestation



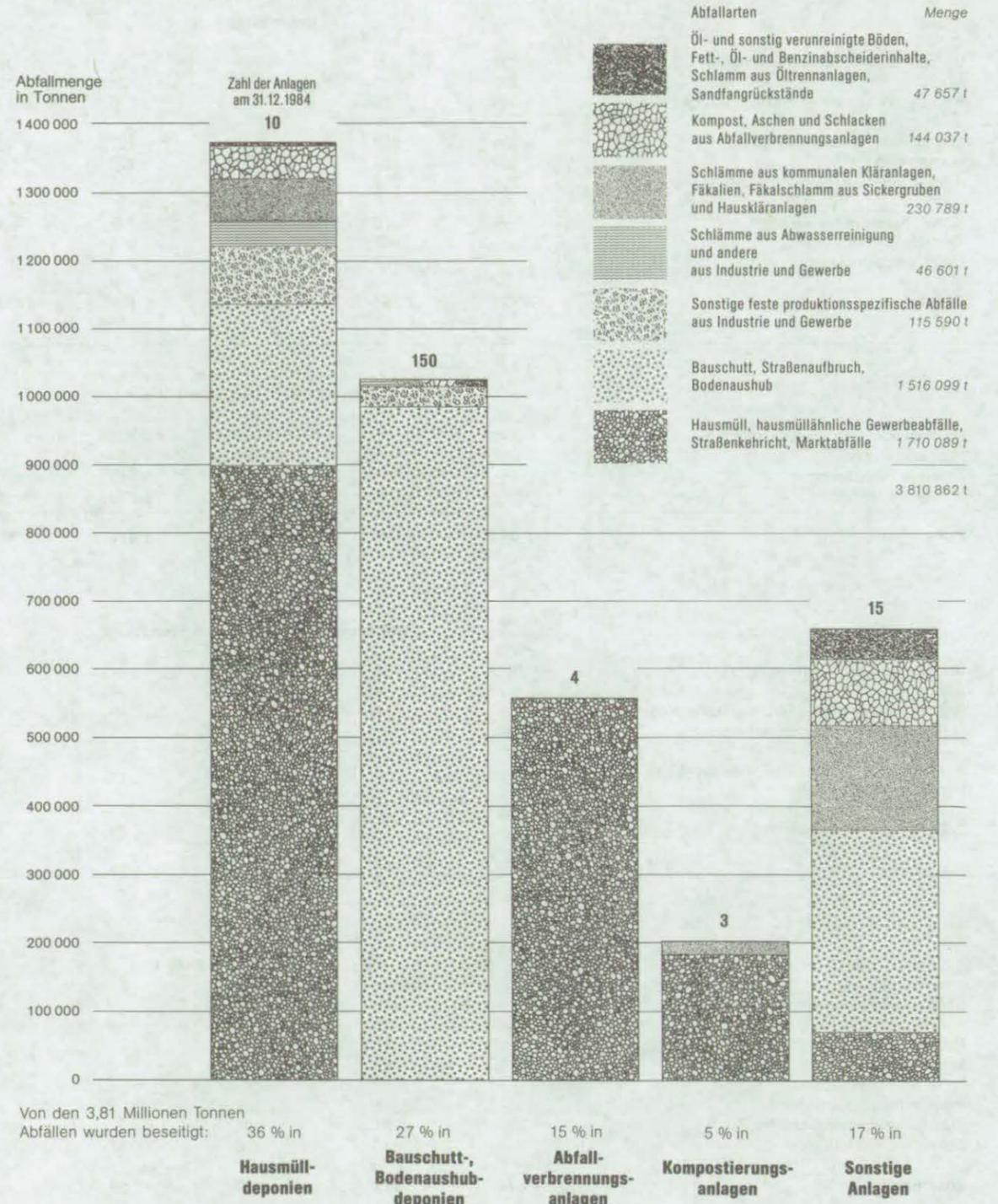
Die Kreise und kreisfreien Städte bzw. die von diesen beauftragten Transporteure sowie die Freie und Hansestadt Hamburg lieferten im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr im Jahre 1984 1,23 Millionen Tonnen Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Straßenkehrschutt und Markt- und Marktabfälle zu den hierfür vorgesehenen Abfallbehandlungs- und Abfallbeseitigungsanlagen an.

Während der Betriebsstörungen bzw. Umbaumaßnahmen in den Verbrennungsanlagen Kiel und Neustadt nahmen die dafür vorgesehenen Hausmülldeponien Achterwehr, Gremerisdorf, Altenkrempe die anfallenden Müllmengen auf.

Abfallaufkommen nach Art und Verbleib

In allen öffentlichen Abfallbehandlungs- und Abfallbeseitigungsanlagen wurden 1984 insgesamt 3,81 Millionen Tonnen Abfälle behandelt bzw. abgelagert. Hiervon lieferten die Transporteure der öffentlichen Müllabfuhr 1,23 Millionen Tonnen, andere öffentliche Einrichtungen 0,41 Millionen Tonnen und Selbstanlieferer bzw. gewerbliche Transporteure 2,17 Millionen Tonnen an.

Der Hausmüll machte mit 1,71 Millionen Tonnen knapp die Hälfte aller angelieferten Abfälle aus, gefolgt vom Bauschutt, Straßenaufbruch und Bodenaushub mit 1,51 Millionen Tonnen bzw. einem Anteil von 40 %.



Studenten, Hochschulpersonal und Hauptnutzfläche 1985 nach Hochschule und Fächergruppe

Fächergruppe	Studenten im WS 1985/86	Hochschulpersonal am 2.10.1985			Haupt- nutzfläche am 31.12.1985 in m ²
		Insgesamt	davon wissen- schaftliches und künst- lerisches Personal	Verwaltungs-, technisches u. sonstiges Personal	
Universität Kiel					
Sprach- und Kulturwissenschaften	3 622	324	228	96	19 251
Sport	232	51	27	24	10 185
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	4 085	207	137	70	12 064
Mathematik, Naturwissenschaften	4 459	959,5	528	431,5	61 918
Humanmedizin	2 483	157	54	103	9 521
Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaften	1 754	271	152	119	18 595
Kunst, Kunstwissenschaften	586	20	15	5	1 254
Zentrale Einrichtungen	—	902,5	435	467,5	62 245
Universitätsklinikum	—	4 469	599	3 870	102 263
Zusammen	17 221	7 361	2 175	5 186	297 296
Medizinische Universität Lübeck					
Mathematik, Naturwissenschaften	—	45	20	25	190
Humanmedizin	1 094	72	28	44	491
Zentrale Einrichtungen	—	228	90	138	9 347
Universitätsklinikum	—	2 630	410	2 220	56 443
Zusammen	1 094	2 975	548	2 427	66 471
Pädagogische Hochschule Flensburg					
Sprach- und Kulturwissenschaften	501	58	58	—	74
Sport	17	8	8	—	722
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	4	9	9	—	—
Mathematik, Naturwissenschaften	134	29	25	4	551
Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaften	5	6	6	—	153
Ingenieurwissenschaften	—	6	6	—	291
Kunst, Kunstwissenschaften	51	30	30	—	662
Zentrale Einrichtungen	—	29	1	28	4 304
Zusammen	712	175	143	32	6 757
Pädagogische Hochschule Kiel					
Sprach- und Kulturwissenschaften	1 110	132	132	—	4 502
Sport	66	1	1	—	—
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	9	13	13	—	—
Mathematik, Naturwissenschaften	376	36	32	4	1 185
Ingenieurwissenschaften	—	6	5	1	—
Kunst, Kunstwissenschaften	83	31	31	—	437
Zentrale Einrichtungen	—	56	3	53	5 006
Zusammen	1 644	275	217	58	11 130

Noch: Studenten, Hochschulpersonal und Hauptnutzfläche 1985 nach Hochschule und Fächergruppe

Fächergruppe	Studenten im WS 1985/86	Hochschulpersonal am 2.10.1985			Haupt- nutzfläche am 31.12.1985 in m ²
		insgesamt	wissen- schaftliches und künst- lerisches Personal	davon Verwaltungs- technisches u. sonstiges Personal	
Musikhochschule Lübeck					
Kunst, Kunstwissenschaften	362	137	128	9	2 712
Zentrale Einrichtungen	—	18	—	18	2 503
Zusammen	362	155	128	27	5 215
Fachhochschule Flensburg					
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	60	10	6	4	675
Mathematik, Naturwissenschaften	—	—	—	—	3 085
Ingenieurwissenschaften	855	111	65	46	3 223
Zentrale Einrichtungen	—	13	—	13	4 300
Zusammen	915	134	71	63	11 283
Fachhochschule Kiel					
Sprach- und Kulturwissenschaften	—	—	—	—	80
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	1 461	162	127	35	4 077
Mathematik, Naturwissenschaften	—	—	—	—	583
Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaften	300	45	37	8	444
Ingenieurwissenschaften	2 416	268	144	124	9 686
Kunst, Kunstwissenschaften	335	76	67	9	2 802
Zentrale Einrichtungen	—	18	—	18	7 969
Zusammen	4 512	569	375	194	25 641
Fachhochschule Lübeck					
Mathematik, Naturwissenschaften	—	49	31	18	2 684
Ingenieurwissenschaften	1 943	128	92	36	7 615
Zentrale Einrichtungen	—	25	—	25	4 731
Zusammen	1 943	202	123	79	15 030
Fachhochschule Wedel					
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	—	12	9	3	—
Mathematik, Naturwissenschaften	—	10	6	4	473
Ingenieurwissenschaften	992	12	7	5	313
Zentrale Einrichtungen	—	13	—	13	2 780
Zusammen	992	47	22	25	3 566
Fernfachhochschule Rendsburg					
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	1 102	46	46	—	.
Zusammen	1 102	46	46	—	.
Verwaltungsfachhochschule Altenholz					
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	862	199	186	13	2 037
Zentrale Einrichtungen	—	—	—	—	411
Zusammen	862	199	186	13	2 448

in Quadratmetern angegeben. Die Räume werden unabhängig davon erfaßt, ob sie im Eigentum der Hochschule stehen oder nur angemietet sind, vorübergehend oder teilweise genutzt werden oder von minderer Qualität sind (Bruttoprinzip). Sie werden entsprechend ihrer Nutzungsart bundeseinheitlich verschlüsselt.

Jede Raumnutzungsart wird einer bestimmten Flächenart gemäß DIN 277 zugeordnet. Man unterscheidet deshalb Hauptnutz-, Nebennutz-, Verkehrs- und Funktionsflächen.

Die Hauptnutzfläche wird definiert als Summe der für die Zweckbestimmung und Nutzung eines Gebäudes typischen Raumnutzungsarten. Dies sind in Hochschulgebäuden und Kliniken die der Forschung und Lehre dienenden Räume, Krankenpflege-, Untersuchungs- und Behandlungsräume, Aufenthalts- und Speiseräume, Lager- und Vorratsräume. Darin sind also nicht enthalten: Sanitär-, Garderobe-, Abstellräume (Nebennutzflächen), Gänge, Treppen, Flure, Eingangshallen (Verkehrsflächen), Klima-, Strom- und Aufzugsvorrichtungen (Funktionsflächen).

Es sei daran erinnert, daß der Nachweis der Studenten nach dem ersten Studienfach erfolgt. Da ein Teil der Studiengänge — vor allem bei Lehramtskandidaten — mehrere Fächer umfaßt bzw. Studenten durch Nebenfächer andere Fachrichtungen frequentieren, überschreitet die Zahl der tatsächlichen Belegungen die nachgewiesenen Studenten. Hinzu kommt, daß sich der für Forschungszwecke in Anspruch genommene Personal- und Flächenbestand nicht anteilmäßig auf Studenten umlegen bzw. herausrechnen läßt, und daß bestimmte Disziplinen trotz niedriger Studentenzahlen eine Mindestausstattung benötigen. Darüber hinaus kann das Hochschulpersonal, das Aufgaben zum Teil in verschiedenen Fachbereichen wahrnimmt, diesen anteilig zugerechnet werden, während die von verschiedenen Fachbereichen gemeinsam genutzten Räume zwar nach der überwiegenden Nutzung zugeordnet werden sollen, vielfach aber den zentralen Einrichtungen zugeschlagen werden.

Betrachtet man die Daten je Hochschule nach Fächergruppen, so nehmen bei der Universität Kiel das Klinikum 34 %, die zentralen Einrichtungen 21 % und die Naturwissenschaften ebenfalls 21 % der Hauptnutzfläche in Anspruch. Ähnliches gilt für das Gesamtpersonal: 61 % sind im Klinikum, 12 % in den zentralen

Einrichtungen und 13 % in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften beschäftigt. Auf die übrigen sechs Fächergruppen entfallen entsprechend nur 24 % der Hauptnutzfläche und 14 % des Personals. Von 7 361 beschäftigten Personen an der Universität Kiel sind 5 186 Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal. Diese Zahl ist deshalb so hoch, weil 75 % oder 3 870 davon im Klinikum tätig sind.

An den pädagogischen Hochschulen liegen die Schwerpunkte in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (in Kiel mit 67 % der Studenten, 48 % des Personals und 40 % der Hauptnutzfläche und in Flensburg mit 70 % der Studenten und 33 % des Personals), Kunst/Kunstwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften; die zentralen Einrichtungen nehmen in Flensburg 64 % und in Kiel 45 % der Hauptnutzfläche in Anspruch.

Zur Interpretation der Verhältnisse an den Fachhochschulen müßten — wegen der anfangs erwähnten Schwierigkeiten — weitere Disaggregationen auf die Ebene der Fachgebiete erfolgen. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Ingenieurwissenschaften, und Wirtschafts-/Sozialwissenschaften.

Obwohl diese Aufschlüsse nach Fächergruppen sich für die Kennzahlenbildung nur zum Teil eignen, sind — trotz der Schwierigkeiten bei der Zuordnung und bei den erhebungstechnischen Abgrenzungen — solche Gegenüberstellungen der Istzahlen sinnvoll, um Aufschlüsse über die Ausstattung und den Kapazitätsgrad der Hochschulen zu gewinnen. Allerdings muß man dann Abweichungen zur Systematik anderer Veröffentlichungen in Kauf nehmen.

So geht die Bund-Länder-Rahmenplanung z. B. von flächenbezogenen Studienplätzen aus. Dabei wird mit Hilfe des vorgegebenen Flächenrichtwerts, der die erforderliche Hauptnutzfläche pro Studienplatz wiedergibt, der Ausbauzustand und das Ausbauprogramm ermittelt.

Bevor die Studienplätze berechnet werden, wird aber der Brutto-Baubestand an Hauptnutzflächen danach bewertet, inwieweit er überhaupt kapazitätswirksam und nutzungstauglich ist. Denn sonst, wenn man den Bestand nicht abmindert, würden auch minderwertige Flächen erfaßt und die Ausbauziele unrealistisch überschritten werden.

Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen im Oktober 1983
nach Hochschularten, Personalgruppen und Alter

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Personal				Professoren und Hochschul- assistenten	Wissenschaft- liche und künstlerische Mitarbeiter; Lehrkräfte für besondere Aufgaben
	insgesamt		darunter weiblich			
	Anzahl	%	Anzahl	%		
Universitäten						
Bis 30	439	21	111	34	8	431
30 — 35	562	27	105	32	45	517
35 — 40	314	15	39	12	58	256
40 — 45	300	14	38	12	89	211
45 — 50	208	10	13	4	123	85
50 — 55	125	6	4	1	83	42
55 — 60	86	4	10	3	63	23
60 und älter	58	3	4	1	45	13
Zusammen	2 092	100	324	100	514	1 578
Pädagogische Hochschulen						
Bis 30	5	3	3	7	—	5
30 — 35	16	8	12	29	2	14
35 — 40	26	13	4	10	11	15
40 — 45	41	21	5	12	22	19
45 — 50	42	21	8	20	24	18
50 — 55	28	14	6	15	16	12
55 — 60	27	14	—	—	23	4
60 und älter	15	8	3	7	13	2
Zusammen	200	100	41	100	111	89
Kunst- und Fachhochschulen						
Bis 30	4	1	2	10	—	4
30 — 35	11	3	—	—	4	7
35 — 40	27	8	5	25	14	13
40 — 45	51	16	5	25	34	17
45 — 50	68	21	2	10	60	8
50 — 55	78	24	4	20	73	5
55 — 60	49	15	1	5	43	6
60 und älter	38	12	1	5	37	1
Zusammen	326	100	20	100	265	61
Hochschulen insgesamt						
Bis 30	448	17	116	30	8	440
30 — 35	589	22	117	30	51	538
35 — 40	367	14	48	12	83	284
40 — 45	392	15	48	12	145	247
45 — 50	318	12	23	6	207	111
50 — 55	231	9	14	4	172	59
55 — 60	162	6	11	3	129	33
60 und älter	111	4	8	2	95	16
Zusammen	2 618	100	385	100	890	1 728

Weitere Beispiele, daß es einer noch besseren Abstimmung zwischen Planern, Hochschulverwaltungen und Statistikern bedarf, sind die Forderungen der Planer:

- die unter „zentrale Einrichtungen“ aufgelisteten und verwalteten Hörsäle, Lehrräume und wissenschaftlichen Einrichtungen dem Anteil ihrer Nutzung entsprechend den Fächergruppen zuzuschlagen,
- Hauptnutzflächen-Anteile, die nicht unmittelbar für Forschung und Lehre genutzt werden, herauszurechnen,
- Hauptnutzflächen der Sonderforschungsbereiche und der Drittmittelforschung gesondert zu berechnen.

Im Gegensatz zu den jährlichen Meldungen der Verwaltungen über das Personal geben die sechsjährlichen Individualbefragungen des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals zum Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis, zur Besoldung, zur Art der Finanzierung usw. vor allem Aufschlüsse über die berufliche und wissenschaftliche Laufbahn der Hochschullehrer, über den wissenschaftlichen Nachwuchs, über die Altersstruktur und über die Personalwirtschaft der Hochschulen.

Die Tabelle über das Personal im Oktober 1983 gibt — unter Berücksichtigung eines Untererfassungsgrades von ca. 5 % — einen Einblick in die Altersstruktur nach Hochschularten und Personalgruppen. Auffällig sind der niedrige Anteil der Frauen und ein relativ hoher Anteil mittlerer und jüngerer Jahrgänge im Personalbestand der Hochschulen.

Akademische, staatliche und kirchliche Abschlußprüfungen an den Hochschulen Schleswig-Holsteins

Studienjahr (WS und folgendes SS)	Bestandene Prüfungen insgesamt		Darunter Lehrantsprüfungen (einschließlich Diplom-Handelslehrer)	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr (%)	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr (%)
1975	3 642	1,2	1 327	11,1
1976	3 262	- 10,4	1 076	- 18,9
1977	3 291	0,9	1 238	15,1
1978	3 012	- 8,5	1 148	- 7,3
1979	3 066	1,8	908	- 20,9
1980	3 214	4,8	855	- 5,8
1981	3 056	- 4,9	689	- 19,4
1982	3 416	11,8	900	30,6
1983	3 818	11,8	930	3,3
1984	3 826	0,2	869	- 6,6
1985	3 992	4,3	870	0,1

Bestandene Prüfungen 1985 (ohne Promotionen)
nach Hochschulen und nach Geschlecht,
Durchschnittsalter und -studiendauer der Kandidaten

Geschlecht	Bestandene Prüfungen	Alter	Hochschul- semester	
			Durchschnitt in Jahren	
Universität Kiel				
Männlich	937	28,3	7,0	6,5
Weiblich	509	27,1	6,7	6,3
Zusammen	1 446	27,9	6,9	6,4
Medizinische Universität Lübeck				
Männlich	79	29,0	7,4	6,6
Weiblich	43	27,3	7,3	6,9
Zusammen	122	28,4	7,4	6,7
Pädagogische Hochschule Flensburg				
Männlich	51	28,7	5,0	4,3
Weiblich	148	26,1	4,3	4,0
Zusammen	199	26,8	4,5	4,1
Pädagogische Hochschule Kiel				
Männlich	104	28,4	5,4	4,5
Weiblich	333	25,4	4,6	4,2
Zusammen	437	26,1	4,8	4,3
Musikhochschule Lübeck				
Männlich	24	27,3	5,7	5,2
Weiblich	27	25,8	5,6	4,4
Zusammen	51	26,5	5,6	4,8
Fachhochschule Flensburg				
Männlich	121	28,4	3,7	3,5
Weiblich	5	26,7	3,7	3,2
Zusammen	126	28,3	3,7	3,5
Fachhochschule Kiel				
Männlich	345	27,9	4,2	3,8
Weiblich	159	27,1	3,9	3,8
Zusammen	504	27,7	4,2	3,8
Fachhochschule Lübeck				
Männlich	184	27,1	4,3	3,6
Weiblich	31	25,0	3,7	3,6
Zusammen	215	26,8	4,2	3,6
Fachhochschule Wedel				
Männlich	56	26,8	4,9	4,0
Weiblich	22	25,3	4,6	3,8
Zusammen	78	26,4	4,8	4,0
Fernfachhochschule Rendsburg				
Männlich	51	33,1	4,0	2,9
Weiblich	5	29,6	3,0	3,0
Zusammen	56	32,8	3,9	3,0
Verwaltungsfachhochschule Altenholz				
Männlich	224	30,0	2,8	2,7
Weiblich	93	23,6	2,9	2,9
Zusammen	317	28,2	2,8	2,8
Ohne Angabe zur Hochschule				
Männlich	51	29,1	7,1	6,7
Weiblich	36	32,2	6,0	5,9
Zusammen	87	30,4	6,6	6,4
Insgesamt				
Männlich	2 227	28,5	5,5	5,0
Weiblich	1 411	26,4	5,2	4,9
Zusammen	3 638	27,7	5,4	5,0

Eine besondere Bedeutung für Hochschuleffizienz-¹⁰ und für Arbeitsmarktanalysen kommt der Prüfungsstatistik zu. Die erste der beiden vorhergehenden Aufstellungen gibt die Entwicklung des letzten Jahrzehnts wieder.

Von den im Studienjahr 1985 zur Prüfung gemeldeten 4 226 Kandidaten bestanden 3 992; davon entfallen auf Promotionen 354, Diplomprüfungen 581, Staats-examina 1 568, Magisterprüfungen 42, Kirchliche Abschlußprüfungen 100, Musikprüfung 51, Abschlußprüfungen an Fachhochschulen 979 und an der Verwaltungsfachhochschule 317.

Die amtlichen Meldungen der Prüfungsämter und die Individualerhebungen über die Prüfungskandidaten werden nach Prüfungsarten, Fächergruppen, Studienbereichen, Studienfächern, Prüfungserfolg und Studienverlauf ausgewertet. Die vorhergehende Tabelle gibt die bestandenen Prüfungen ohne Promotionen nach Geschlechtern und Studiendauer an schleswig-holsteinischen Hochschulen für das Studienjahr 1985 (WS 1984/85 und SS 1985) wieder. Die Angaben erfolgen einheitlich in Jahren, wobei die Durchschnitte aus ganzzahligen Semesterwerten automatisch errechnet werden. Zu den Hochschulsemestern (gleich Verweildauer) zählen alle Semester — auch Urlaubssemester —, die unabhängig vom angestrebten Studienziel an Hochschulen im Bundesgebiet verbracht worden sind. Unter Fachsemester sind die Semester zu verstehen, die der Studierende im Hinblick auf die anstehende Prüfung in seinem Studiengang — ohne Urlaubssemester — aufgewendet hat; Semester aus anderen Studiengängen oder Studienzeiten an ausländischen Hochschulen werden mitgezählt, wenn sie angerechnet wurden.

Die Studiendauer, gleich ob als Anzahl der Fachsemester oder als Anzahl der Hochschulsemester, kann jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern gehört in den Zusammenhang des Lebensalters bei Studienaufnahme, Studienende und Übergang in das Berufsleben. Der folgende Vergleich ergibt, daß die Altersstruktur der Studienanfänger sich verschiebt. Eine spätere Studienaufnahme hat ein höheres Alter beim Studienabschluß zur Folge.

Aufgrund der verschlechterten Arbeitsmarktsituation wird verstärkt ein Zweitstudium aufgenommen. Dies gilt auch für Promotionen in Fächern der Naturwissen-

Altersstruktur der deutschen Studienanfänger an Hochschulen in Schleswig-Holstein

Altersgruppe	WS 1974/75		WS 1984/85	
	absolut	in %	absolut	in %
Bis 20 Jahre	1 532	61,4	1 605	41,0
21 bis 22 Jahre	655	26,2	1 247	31,9
23 bis 24 Jahre	183	7,3	627	16,0
Älter	127	5,1	436	11,1
Insgesamt	2 497	100	3 915	100

schaften, weil die Arbeitsmarktchancen inzwischen erheblich eingeschränkt sind. In den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern hat sich hingegen die Tendenz verstärkt, weitere Abschlüsse anzustreben in der Hoffnung, die Berufschancen zu verbessern. Darüber hinaus ist zu vermuten, daß viele als „pro-forma-Studenten“ in der „Wartehalle“ Hochschule verblieben, um dem Status eines Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängers zu entgehen.

Zur Abrundung des Bildes werden auch Zahlen über Promotionen und Habilitationen geboten.

Promotionen und Habilitationen nach Hochschulen und Fächergruppen 1980 bis 1985

Hochschule Fächergruppe	Insgesamt	Darunter von Frauen
Promotion		
Universität Kiel	1 570	333
Medizin	713	158
Rechtswissenschaften	75	6
Wirtschafts- und Sozialwissensch.	77	6
Philosophie/Geisteswissenschaften	128	43
Mathematik/Naturwissenschaften	425	76
Agrarwissenschaften	152	44
Medizinische Universität Lübeck	267	87
Pädagogische Hochschule Kiel	3	—
ohne Angabe zur Hochschule	104	18
Habilitation		
Universität Kiel	151	3
Theologie	1	—
Medizin	61	1
Rechtswissenschaften	5	—
Wirtschafts- und Sozialwissensch.	7	—
Philosophie/Geisteswissenschaften	20	1
Mathematik/Naturwissenschaften	47	1
Agrarwissenschaften	10	—
Medizinische Universität Lübeck	32	1

10) Strobel, Prüfungsstatistik und Hochschuleffizienz, in: Fachgespräche zur Hochschulstatistik Nr. 3, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1985, S. 56 ff.

Der Bedarf an verlaufsstatistisch aufbereiteten Hochschuldaten

Für die Planung und Finanzierung des Ausbaus und Neubaus der Hochschulen sind eine Vielzahl zukunftsbezogener Entscheidungen, z. B. über Studienplätze und Personal, und Informationen über die Nachfrage nach Studienplätzen und über die Aufnahmekapazität erforderlich. Von besonderer Bedeutung sind dabei Aussagen, die aus den Bestandsstatistiken nicht immer eindeutig oder gar nicht ermittelt werden können.

Als weitere Aufbereitungsmethode der Hochschulstatistik sollen deshalb Studienverlaufsauswertungen dienen. Sie sollen Auskunft darüber geben, durch welche Bewegungsvorgänge sich die Studentenbestände von Semester zu Semester verändern, und Angaben über die Wechselbewegungen der Studenten (Studiengangwechsel, Hochschulwechsel), über Studienabbruch, Studienunterbrechung, Studienerfolg und die Studiedauer liefern. Zu diesem Zweck wurden die Studentenbestandsdateien der Jahre 1972 bis 1984 mit Hilfe eines die Anonymität währenden Verfahrens im Statistischen Bundesamt zusammengeführt und ausgewertet. Dadurch ist es möglich, die Studienverläufe einer bestimmten Studienanfängerkohorte über einen längeren Zeitraum hinweg auf Bundesebene zu verfolgen (Längsschnittanalyse) oder den gesamten Studentenbestand eines Berichtsemesters mit dem des Vorsemesters zu vergleichen (Querschnittanalyse).

Daß dies Problematiken birgt, soll an folgendem Beispiel verdeutlicht werden. Erste Testergebnisse einer Längsschnittauswertung für die deutschen Studienanfänger an schleswig-holsteinischen Hochschulen des Wintersemesters 1977/78 liegen vor. Von den 2 592 in der Verlaufsstatistik berücksichtigten Studienanfängern des WS 77/78 verblieben 620 (24 %) bis zum SS 1984 in ihrem Studium. 1 051 (41 %) sind aus dem Studium abgegangen, ohne den Studiengang zu wechseln. Bei den Verlaufsauswertungen wird jedoch abweichend von der Studentenstatistik ein Studiengang als Kombination eines Studienbereichs mit einer angestrebten Abschlußprüfungsgruppe definiert, so daß z. B. ein Studienfachwechsel innerhalb eines Studienbereichs

nicht berücksichtigt wird. 914 Studenten (35 %) hatten bis zum SS 1984 den Studiengang gewechselt, von den Studiengangsweslern verblieben noch 449 oder 17 % aller Studienanfänger des WS 1977/78 bis zum SS 1984 im Studium. Aus den Verlaufsauswertungen geht nicht hervor, wie viele der 1 051 Abgänger ihr Studium erfolgreich abgeschlossen und wie viele das Studium abgebrochen haben.

Eine Verknüpfung der Studienverlaufsdateien mit den Daten der individualen Prüfungsstatistik ist zwar vorgesehen, konnte bislang jedoch infolge der Diskussionen über das Volkszählungsurteil 1983 nicht verwirklicht werden. Dieses wäre zur Berechnung verlässlicher Erfolgs- und Abbruchquoten jedoch erforderlich. Gewisse Schlüsse lassen sich — unter bestimmten Annahmen — aber dennoch ziehen: Ein Abgang aus dem Studium vor Ablauf der Mindeststudienzeit kann grundsätzlich als Studienabbruch angesehen werden. Bis zum 4. Semester hatten 5 % der Studienanfänger des WS 1977/78 ihr Studium abgebrochen, bis zum 6. Semester — in der Regel die Mindeststudienzeit für Fachhochschulstudiengänge — waren es 8 %. Bis zum 8. Semester — der Mindeststudienzeit vieler Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen — erreichte die Quote der Abgänger 15 %, unter diesen Abgängern sind jedoch auch erfolgreiche Fachhochschulabsolventen.

Die Arbeiten an den Zusammenführungen und Verlaufsauswertungen sind im Hinblick auf das zu novellierende Hochschulstatistikgesetz inzwischen unterbrochen worden. Zureichende Daten über Übergangs-, Erfolgs- und Abbruchquoten stehen deshalb noch nicht zur Verfügung. Die notwendigen Zusammenführungen und Auswertungen treffen zunehmend auf Bedenken und Einwände des Datenschutzes, die jetzt vor allem aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1983 zum Volkszählungsgesetz abgeleitet werden. Der Wissenschaftsrat, der Hochschulstatikausschuß und die Kultusministerkonferenz befürworten Zusammenführungen aus den Studenten- und Prüfungsstatistiken, während der Novellierungsentwurf der Bundesregierung eine Verlaufsstatistik dieser Art nicht mehr vorsieht.

Leonard Gawlik

Kurzberichte

Die Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1986

Im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins wurde im Juni 1986 mit 40 116 Personen der höchste Beschäftigtenstand der ersten Jahreshälfte erreicht. Das sind zwar knapp 5 % weniger als ein Jahr davor, doch 2 % mehr als im Vormonat. Im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1986 waren 38 026 Personen beschäftigt und damit rd. 6 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auf diesem niedrigen Beschäftigtensockel entsprach die monatliche Entwicklung den saisonalen Erwartungen, nämlich eine relativ starke Zunahme der Beschäftigten im Frühjahr nach einem verstärkten Personalabbau in den Wintermonaten.

Der saisonale Einfluß traf vor allem die Arbeitsplätze der Fachwerker und Werker sowie die der Poliere, Meister und Facharbeiter. Der Personalbestand der ersten Gruppe betrug im Durchschnitt des ersten Halbjahres knapp 5 700 Personen. Nachdem dieser Wert im Februar um 17 % unterschritten worden war, stellten die Betriebe in den folgenden Monaten wieder verstärkt Arbeiter mit angelernten Spezialtätigkeiten ein, so daß im Juni mit rd. 6 700 Personen sogar der Stand des Vorjahres leicht übertroffen wurde. Auch für die Poliere, Meister und Facharbeiter verbesserte sich im Laufe des ersten Halbjahres die Beschäftigtenlage. Im Februar meldeten die Betriebe noch mit 19 900 Beschäftigten 7 % weniger als im Halbjahresmittel und damit einen Negativrekord seit Ende der 50er Jahre für diese Gruppe. Danach stieg wieder die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern, die im Juni zu einem Beschäftigtenstand von rd. 23 100 Polieren, Meistern und Facharbeitern führte; das sind 17 % mehr als im Februar und nur 4 % weniger als Mitte des Vorjahres. Dagegen blieben im Bereich der kaufmännischen und technischen Angestellten zusätzliche Einstellungen aus. Im Gegenteil: Seit etwa Mitte letzten Jahres und verstärkt in der ersten Hälfte dieses Jahres ist die Zahl der Angestellten zurückgegangen. Sie betrug im Juni 1985 rd. 5 400, ein Jahr später nur noch rd. 4 900 Personen (- 8 %). Noch stärker zurückgegangen ist die Zahl der Auszubildenden, nämlich um 14 % auf durchschnittlich 3 200 Personen gegenüber der ersten Hälfte des Vorjahres.

Die Stimmung in der Bauwirtschaft hält sicher manchen Bauunternehmer zurück, Ausbildungsplätze anzubieten. Vor allem aber verringerte sich die Attraktivität der Bauberufe im Urteil der Schulabgänger, so daß über

proportional zur rückläufigen Zahl der Schulentlassenen mit Hauptschulabschluß, der typischen Schulbildung für Bauberufe, immer weniger einen Beruf im Bauhauptgewerbe wählen. Berufspraxis und auch gewerberechtliche Vorschriften erschweren Frauen die Ausbildung in Bauberufen, von ihnen ist ein Anstieg der Zahl der Auszubildenden kaum zu erwarten. Im eigenen Baugeschäft arbeiteten etwa 2 800 Inhaber, womit ihre Zahl in etwa konstant geblieben ist. Die Widerstandsfähigkeit und die Bereitschaft der Bauunternehmen, Krisen durchzustehen sowie in solchen Zeiten Betriebe zu gründen oder wieder zu eröffnen, belegt auch die Tatsache, daß die Zahl der Betriebe im Bauhauptgewerbe seit Jahren um 3 000 liegt und in der ersten Hälfte der 80er Jahre sogar leicht anstieg.

Wegen der extrem winterlichen Witterungsverhältnisse zu Beginn 1985, die zu starken Produktionsausfällen führten, kann der Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden um nur 2 % auf 21 Mill. Stunden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres trotz des Personalabbaus gegenüber dem Vorjahr nicht überraschen. Vergleicht man die Monate März bis Juni miteinander, so errechnet sich für 1986 ein Minus, das in etwa der Entwicklung der Beschäftigten entspricht. In den verschiedenen Bauarten entwickelte sich das geleistete Arbeitsstundenvolumen unterschiedlich. Im Wirtschaftsbau (+ 3 %) und im öffentlichen Bau (+ 2 %) sind im ersten Halbjahr mehr Stunden gearbeitet worden als 1985. Dagegen wurde im Wohnungsbau mit 8 Mill. Stunden zwar etwa das gleiche Volumen wie im öffentlichen Bau erreicht, doch mit einem Minus von 8 % deutlich weniger an Arbeitsstunden geleistet als in der ersten Hälfte des Vorjahres.

Die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten meldeten für das erste Halbjahr 1986 Auftragseingänge in Höhe von 1 317 Mill. DM und damit 15 % mehr als im entsprechenden Zeitraum 1985. Wenn auch hier wegen des Basiseffekts — 1985 hatte das geringste Ergebnis seit vielen Jahren — eine vorsichtige Beurteilung angebracht ist, so verspricht der Frühindikator Auftragseingang doch eine Belebung der Baukonjunktur. Hoffnungsträger ist vor allem der öffentliche Bau mit einem Auftragsvolumen von über 700 Mill. DM, was einer Zunahme von 18 % entspricht. Mit einem Wert von 326 Mill. DM konnte der gewerbliche Bau seine eingegangenen Aufträge um 17 % steigern. Deutlich geringer stieg das Auftragseingangsvolumen im Wohnungsbau, nämlich nur um knapp 6 % auf 289 Mill. DM.

Die Nachfrageschwäche im Wohnungsbau trübt offensichtlich die Lage in der Bauwirtschaft. Das belegen auch die Baugenehmigungszahlen. Danach sind vom Wohnungsbau in absehbarer Zeit keine beschäftigungswirksamen Impulse zu erwarten. Bis einschließlich Juni wurde 1986 der Bau von 3 903 Wohnungen durch Errichtung neuer Wohngebäude genehmigt, das sind 13 % weniger als 1985 und sogar 42 % weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1984. Diese Entwicklung wird durch den Nachfragerückgang im Mehrfamilienhausbau verursacht. Das Interesse an Eigentumswohnungen ist trotz der Steuerersparnisse weiterhin rückläufig, und für Investitionen im reinen Mietwohnungsbau gibt die Renditenerwartung wenig Anreiz. Von Januar bis Juni wurden 787 Wohnungen in Mehr-

familienhäusern zum Bau freigegeben, das sind 49 % weniger als 1985. Dagegen stieg die Nachfrage nach Wohngebäuden mit ein oder zwei Wohnungen um 6 % auf 2 777 Einheiten, was allerdings nicht ausreichte, um den Nachfragerückgang im Mehrfamilienhausbau zu kompensieren.

Im Nichtwohnbau wurden im 1. Halbjahr insgesamt 828 Baumaßnahmen genehmigt, 136 weniger als im Jahr davor. 507 Baumaßnahmen entfielen auf neu zu errichtende Gebäude, 16 % weniger als 1985. Die geplanten Neubauvorhaben umfaßten 2,0 Mill. cbm umbauten Raum und damit 9 % weniger als 1985.

Friedrich-Karl Wormeck

Erfreuliche Halbjahresbilanz im Fremdenverkehr

Die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten in Schleswig-Holstein registrierten im 1. Halbjahr 1986 nach zum Teil noch vorläufigen Feststellungen 1,3 Mill. Gäste und 6,4 Mill. Übernachtungen. Gegenüber dem 1. Halbjahr 1985 sind dies 8,7 % mehr Gäste und 4,6 % mehr Übernachtungen. Zu diesem seit langem nicht mehr beobachteten hohen Anstieg der Nachfrage dürften mehrere Faktoren beigetragen haben. Einmal haben im Inland die bessere Wirtschaftslage, höhere Realeinkommen und relativ niedrige Energiepreise, die die Geldbeutel der privaten Haushalte erheblich entlastet haben, ein günstiges Klima für den Fremdenverkehr geschaffen. Zum anderen hat auch die im Vergleich zum Ausland günstige Preisentwicklung im Inland eine Rolle gespielt. Sie dürfte auch der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß erheblich mehr Gäste aus den nordischen Ländern, vor allem aus Dänemark und Schweden, nach Schleswig-Holstein gereist sind.

In den Seebädern verlief die Entwicklung des Fremdenverkehrs unterschiedlich. Während in den Nordseebädern im 1. Halbjahr 1986 8,5 % mehr Übernachtungen gezählt wurden, blieb die Zahl der Übernachtungen in den Ostseebädern im Vergleich zum Vorjahr konstant. Das Zurückbleiben des Fremdenverkehrs in den Ostseebädern hängt mit dem schlechten Juni-Ergebnis zusammen (- 8,0 %). Die Ursache für den Rückgang im Juni dürfte die Fußballweltmeisterschaft in Mexiko gewesen sein. Erfahrungsgemäß wirkt sich ein solches Ereignis vor allem auf den Kurzzeitreiseverkehr aus, der an der Ostsee ein besonders hohes Gewicht hat.

Auf den Campingplätzen des Landes wurden im 1. Halbjahr 1986 rund 1,2 Mill. Gäste und 3,2 Mill. Übernachtungen gezählt. Das sind 1,4 % mehr Gäste und 0,4 % mehr Übernachtungen als im 1. Halbjahr 1985.

Karl-Heinz König

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

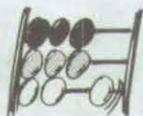
Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an



Die Fragen der Volkszählung '87

Teil VI: Fragen 12 bis 14 des Personenbogens

Arbeitsort und Wohnort vieler Erwerbstätiger liegen räumlich auseinander. Gleiches gilt für die Ausbildungsstätte und den Wohnort der Schüler und Studenten. Für den Wechsel zwischen Wohnort und Arbeitsort oder Ausbildungsstätte werden Verkehrsmittel benutzt, in die jährlich aus öffentlicher Kasse Milliardenbeträge investiert werden. Es sind zuverlässige Informationen notwendig, um beurteilen zu können, ob die Verkehrsinfrastruktur dem Bedarf der Bevölkerung entspricht, ob Investitionen in diesem Bereich sinnvoll oder weniger sinnvoll waren oder sein werden.

Die an Erwerbstätige sowie an Schüler und Studenten gerichteten Pendlerfragen 12 bis 14 zeigen in Verbindung mit dem Wohnort hierfür die verkehrsmäßigen Verflechtungen zwischen Städten, Gemeinden und Regionen auf und liefern Angaben über die Art und Dauer der Verkehrsströme. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen zur Lösung verkehrsplanerischer Fragen und liefern Daten für die Abgrenzung sogenannter Planungsregionen, Arbeitsmarktregionen, Verkehrsregionen usw.. Die Angabe der Anschrift der Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule dient zur gesicherten Verschlüsselung der Regionalangaben, während der Name der Arbeitsstätte zur Festlegung des Wirtschaftszweiges in Frage 16 helfen soll.

Die Antworten auf Frage 13 ermöglichen Analysen des Berufs- und Individualverkehrs, welche für eine bedarfsgerechte Verkehrspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden notwendig sind. Bereits 1970, im Jahr der letzten Volkszählung, war der Individualverkehr sehr bedeutend: Von den 1,0 Millionen Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein waren 0,3 Millionen Berufspendler; gut die Hälfte von Ihnen fuhr mit dem Pkw vom Wohnort zur Arbeitsstätte. Aber wie sieht es heute aus?

Auch im Hinblick auf Umweltschutzfragen soll Basismaterial für Planung und Bau der Verkehrsinfrastruktur gewonnen werden. Dabei wird die Bedeutung des Fahrrades sicher ein Aspekt sein:

1970 benutzten in Schleswig-Holstein knapp 7 % der Berufspendler dieses Verkehrsmittel. Werden es 1987 mehr oder weniger sein? Die Frage nach der Dauer der Fahrt zur Ausbildungs- oder Arbeitsstätte liefert dann zusätzliche Hinweise über die Qualität der Verbindung.

12 Bitte Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule angeben

* Name :

Straße/Hausnummer :

PLZ Gemeinde :

13 Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich (längste Strecke) auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

kein Verkehrsmittel (zu Fuß)	• •
Fahrrad	• •
Pkw	• •
U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn	• •
Eisenbahn	• •
Bus, sonst. öffentl. Verkehrsmittel	• •
sonstiges (Motorrad, Moped, Mofa)	• •

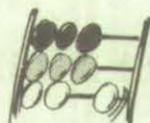
14 Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

entfällt, da auf gleichem Grundstück	• •
unter 15 Minuten	• •
15 bis unter 30 Minuten	• •
30 bis unter 45 Minuten	• •
45 bis unter 60 Minuten	• •
60 Minuten und mehr	• •

Anhand der „Pendlerfragen“ 12 bis 14 werden so wichtige Kenngrößen wie die Tages- oder die Wirtschaftsbevölkerung berechnet. Die Tagesbevölkerung einer Gemeinde ergibt sich aus der Wohnbevölkerung des Ortes zuzüglich des Pendlersaldos. Gemeinden mit positiven Pendlersalden größeren Umfanges müssen diese Tatsache bei der Planung der kommunalen Infrastruktur beachten. Die Wirtschaftsbevölkerung umfaßt die Erwerbstätigen am Ort der Arbeitsstätte – Ein- und Auspendler sind also berücksichtigt – einschließlich ihrer Familienangehörigen. Diese Kenngröße ist zum Beispiel ein Kriterium für die Abgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – und mit den Fördergebieten sind öffentliche Investitionszuschüsse jährlich in Millionenhöhe verbunden.

Weiteres Informationsmaterial können Sie anfordern beim

**Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein – Stichwort Volkszählung –
Postfach 1141, 2300 Kiel 1**



Die Fragen der Volkszählung '87

Teil VII: Fragen 1 und 11 des Wohnungsbogens mit Gebäudeangaben

Mehr als die Hälfte der Haushalte im Lande wohnen zur Miete. Der Bürger erwartet eine bedarfsgerechte Versorgung mit Wohnraum. Für eine abgewogene Wohnungsbaupolitik ist deshalb von Bedeutung: Wie viele Wohnungen gibt es überhaupt? Welche und wie viele Wohnungen sind belegt? Wurde Wohnungseigentum erworben? Wie viele Haushalte wohnen zur Miete oder Untermiete? Die Fragen 1 und 11 des Wohnungsbogens geben dazu Antworten.

Wohnungsangaben

FÜR ALLE HAUSHALTE

1 Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als

- a) Eigentümer, Miteigentümer oder Kaufanwärter . . .
- b) Hauptmieter (einschließlich Altenteiler) . . .
- c) Untermieter . . .

Untermieter brauchen im Wohnungsbogen keine weiteren Fragen zu beantworten.

Die Frage 1 soll Aufschluß darüber geben, in welchem Umfang die Bevölkerung Wohnungseigentum erworben hat und wie viele Haushalte zur Miete oder zur Untermiete wohnen. Die aus diesen Angaben gewonnenen Erkenntnisse werden für Wohnungsbedarfsuntersuchungen benötigt. Für viele wohnungs- und sozialpolitische Entscheidungen wie Maßnahmen zur Eigentumsförderung oder zur Sicherung von Wohnraum für bevorzugt zu fördernde Bevölkerungsgruppen sind entsprechende aktuelle Zahlen unerlässlich. Kinderreiche Familien benötigen andere Wohnungen als ältere Menschen. In Ballungsräumen besteht ständig ein erhöhter Wohnbedarf. Auch Untermieteverhältnisse beeinflussen die allgemeine Wohnungsbelegung und müssen deshalb besonders berücksichtigt werden. Außerdem werden viele Untermieter eines Tages selbst nach Wohnungen fragen und sind deshalb bei Bedarfsrechnungen zu beachten.

FÜR LEERSTEHENDE WOHNUNGEN

11 Seit wie vielen Monaten steht die Wohnung leer?

bis 3 . . . 7-12 . . .
4-6 . . . 13 . . .
oder mehr

Die Beurteilung der Wohnraumversorgung der Bevölkerung muß am Bedarf orientiert sein. Leerstehende Wohneinheiten (Frage 11) sind in der Gebäude- und Wohnungsfortschreibung gesondert auszuweisen. Die Dauer des Leerstehens ist ein wichtiges Merkmal, um die Inanspruchnahme des Wohnungsangebotes festzustellen. In der Öffentlichkeit werden zur Zeit Zahlen über leerstehende Wohnungen veröffentlicht, die zwischen 200 000 und 1 Million schwanken. Diese Bandbreite läßt wohl eher auf Spekulation denn auf Wissen schließen. Deshalb ist die Feststellung des genauen Bestandes in Verbindung mit der Angabe über die Dauer des Leerstehens erforderlich, um Rückschlüsse auf ein nicht am Bedarf ausgerichtetes Wohnungsangebot oder eine möglicherweise eingetretene Sättigung der Nachfrage ziehen zu können.

Die Analyse der Angaben zu Frage 11 soll in Kombination mit anderen Ergebnissen der Wohnungs- und Gebäudeangaben die Ursache des Leerstehens von Wohnraum verdeutlichen helfen. Die Lage, das Baualter sowie Größe, Ausstattung und Miethöhe liefern Kriterien für diese Untersuchungen. Wohnungsbauförderungsprogramme lassen sich durch die Ergebnisse der Erhebung besser planen und kontrollieren, und Fehlentwicklungen auf diesem Gebiet können vermieden werden. Auch Sanierung und Modernisierung von Wohnraum werden sich somit eher am künftigen Wohnungsbedarf orientieren lassen.

Weiteres Informationsmaterial können Sie anfordern beim

**Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein – Stichwort Volkszählung –
Postfach 1141, 2300 Kiel 1**

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

38. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1986

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986								
		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt	Junl	Juli	Aug.	Mai	Junl	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 615	2 614	2 614	2 615	2 616
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Einschließungen	Anzahl	1 254	1 254	1 494	1 489	1 967
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	7,0	6,7	8,9
*Lebendgeborene	Anzahl	1 913	1 925	1 957	2 018	2 013
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	9,1	9,1	9,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 565	2 611	2 407	2 527	2 417
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,8	12,0	11,2	11,4	10,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	16	12	15	23
* je 1 000 Lebendgeborene		9,4	8,3	6,1	7,4	11,4
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 652	- 686	- 450	- 509	- 404
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 2,1	- 2,3	- 1,8
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 582	5 461	4 925	7 223	6 376
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 164	4 746	4 404	5 373	4 970
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 418	+ 715	+ 521	+ 1 850	+ 1 406
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 213	10 057	8 678	11 451	10 794
Wanderungsfälle	Anzahl	20 958	20 265	18 007	24 047	22 140
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	109	118	106	112	111	107	106	108	105
darunter *Männer	1 000	64	69	62	64	62	61	59	59	57
Kurzarbeiter	1 000	13,7	11,8	6,5	4,1	2,6	7,1	4,6	2,8	3,3
darunter Männer	1 000	12,0	10,3	5,4	3,2	2,1	6,3	4,1	2,4	2,9
Offene Stellen	1 000	2,7	2,9	3,1	3,1	2,8	4,8	5,0	4,6	4,7
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 627 ^a	1 592 ^a	1 652	.	.	.	1 594	.	.
darunter *Milchkühe				
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	545 ^a	526 ^a	507	.	.	.	490	.	.
*Schweine	1 000	1 767 ^a	1 743 ^a	.	.	1 840	.	.	.	1 768
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^a	193 ^a	.	.	194	.	.	.	190
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	129 ^a	.	.	131	.	.	.	131
SCHLACHTUNGEN²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	45	28	34	39	37	35	41	43
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	240	232	211	230	221	230	229	218	212
darunter *Hauenschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	3 ^c	2	2	2	2	2	2	2
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,7	31,8	25,2	28,3	29,4	29,4	28,9	29,6	30,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,4	12,7	7,8	9,4	11,2	10,4	10,2	11,9	12,7
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	19,1	18,7	17,0	18,4	17,7	18,8	18,4	17,5	17,1
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT FÜR²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	281	286	279	279	289	286	291	292	296
Kälber	kg	108	115	123	113	121	112	116	114	115
Schweine	kg	81	82	81	81	81	82	81	81	81
GEFLOGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	152	151	109	.	.	177	142	.	.
*für Legehennenküken	1 000	850	2	3
*für Masthühnerküken	1 000									
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	832	274	29	.	.	50	34	.	.
*MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	223	217	248	231	201	p 270	p 252	p 229	p 204
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	98	98	96	p 98	p 98	p 98	p 97
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,1	13,3	15,4	13,9	12,1	p 16,5	p 15,9	p 14,0	p 12,5

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
 a) Dezember b) Winterhalbjahr 1984/85 = 5 c) Winterhalbjahr 1985/86 = 4

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt	Junl	Juli	Aug.	Mai	Junl	Juli
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	166	165	166	168	166	167	168	169
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	113	114	114	115	116	114	115	116	116
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 139	15 970	15 583	15 375	15 183	15 600	15 421	14 636	15 316
*Lohnsumme	Mill. DM	306,1	319,1	315,8	333,5	329,0	327,6	341,2	347,7	330,1
*Gehaltssumme	Mill. DM	207,1	216,4	228,3	211,2	208,9	226,8	244,8	226,8	219,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 647	1 733	1 718	2 012	1 482	1 553	1 511	1 419	1 702
aus dem Inland	Mill. DM	1 143	1 155	1 186	1 573	1 004	1 088	1 050	1 005	1 237
aus dem Ausland	Mill. DM	503	578	532	439	478	465	461	414	465
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 020	3 046	3 036	2 988	2 888	3 156	3 061	2 926	2 798
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 346	2 390	2 363	2 400	2 219	2 578	2 375	2 282	2 222
*Auslandsumsatz	Mill. DM	674	656	672	588	669	579	687	644	577
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	17
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,5	38,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	79	72
*leichtes Heizöl	1 000 t	9	8
*schweres Heizöl	1 000 t	70	63
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	236	240	237	238	222	252	228	228	238
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	24	25	20	25	24	23	24	24	25
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	103,6	104,7	111,0	94,4	95,9	108,9	104,8
BAUHAUPTGEWERBE ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	47 249	41 345	42 130	42 658	43 265	39 493	40 116	40 254	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 156	4 231	4 967	5 287	5 224	4 572	4 876	4 933	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 155	1 606	1 889	1 946	1 876	1 627	1 767	1 672	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 119	946	1 030	1 106	1 159	1 023	1 052	1 127	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 749	1 581	1 912	2 119	2 061	1 830	1 942	1 990	...
*Lohnsumme	Mill. DM	108,4	86,2	95,4	104,7	104,6	94,0	93,3	101,9	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	18,3	18,5	18,3	18,3	16,8	18,3	17,4	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	364,1	319,2	363,8	407,4	380,0	320,0	380,0	404,1	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	209,2	196,4	233,0	227,0	184,0	232,4	285,2	218,2	...
AUSBAUGEWERBE ⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 083	7 486	7 440	7 539	7 709	6 912	7 011	7 085	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	970	880	842	929	909	815	834	850	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	20,1	18,5	18,7	20,3	19,3	17,2	18,5	19,4	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	59,2	55,1	49,8	56,4	53,4	45,2	51,7	52,8	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG ¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 842	1 732	1 510	1 464	1 598	1 478	964
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	861	891	753	754	754	825	728
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾										
				2.Vj.85			2.Vj.86			
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,8	97,7	96,4	.	.	.	97,0	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	135,0	130,9	127,2	.	.	.	137,5	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1986 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
BAUTATIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	503	459	555	564	463	631	571	627	503
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	385	384	471	480	401	547	509	543	457
*2 Wohnungen	Anzahl	73	51	55	60	46	69	47	72	33
*Rauminhalt	1 000 m ³	458	346	435	396	314	439	383	422	320
*Wohnfläche	1 000 m ²	83	63	78	72	58	80	70	75	58
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	122	114	129	152	138	135	96	119	89
*Rauminhalt	1 000 m ³	408	424	472	683	438	428	433	455	316
*Nutzfläche	1 000 m ²	71	72	80	110	73	70	66	75	56
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 075	786	949	917	648	891	800	818	601
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	840,1	836,1	766,2	1 015,2	760,5	739,1	737,5	700,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,6	129,8	129,6	126,5	104,5	132,5	122,7	128,2	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	710,5	706,3	636,6	888,7	656,1	606,7	614,8	571,8	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	18,4	17,3	16,1	19,0	8,9	13,5	15,4	12,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	71,0	69,0	61,7	74,4	63,5	39,4	50,8	37,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	621,1	620,0	558,8	795,3	583,6	553,8	548,7	522,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	85,4	94,9	91,2	92,6	82,9	86,5	95,2	76,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	535,7	525,2	467,7	702,8	500,7	467,2	453,5	446,0	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	346,5	386,5	364,6	436,6	309,2	399,9	388,1	353,0	...
darunter										
Niederlande	Mill. DM	70,8	87,5	76,0	115,8	63,9	89,6	67,7	63,6	...
Dänemark	Mill. DM	73,6	78,2	78,0	65,4	76,5	70,3	71,1	62,2	...
Frankreich	Mill. DM	62,6	68,9	64,9	90,4	48,3	73,0	73,5	59,2	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	55,7	60,8	56,8	64,9	44,5	63,1	69,8	61,1	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (MeBzahl)	1980 = 100	109,9	111,5	106,3	120,2	114,4	r 117,0	r 109,6	118,8	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (MeBzahl)	1980 = 100	106,5	107,5	131,5	151,4	157,6	r 131,1	r 132,6	154,9	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSRÄUMEN										
MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	236	245	362	448	436	p 365	p 390
darunter *von Auslandsgästen	1 000	23	27	37	65	43	p 36	p 45
*Übernachtungen	1 000	1 361	1 360	2 168	3 191	3 274	p 1 739	p 2 140
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	49	65	104	79	p 69	p 84
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	1 263	1 332	1 331	1 319
Güterversand	1 000 t	669	739	743	588	802
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	140	128	131	123	138	116	120	122	105
*Güterversand	1 000 t	153	142	133	146	187	163	159	196	188
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder										
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	342	261	343	269	164	455
*Personenkraftwagen	Anzahl	7 894	7 732	7 840	8 415	6 290	9 701
*Lastkraftwagen										
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	384	351	405	384	323	419
STRASSENVERKEHR SUNFALLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 472	1 356	1 676	1 806	1 688	1 628	1 742	p 1 692	p 1 830
*Getötete Personen	Anzahl	37	31	39	37	39	42	31	p 20	p 42
*Verletzte Personen	Anzahl	1 876	1 726	2 147	2 339	2 148	2 091	2 297	p 2 227	p 2 344

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Juní	Juli	Aug.	Mai ^a	Juní ^a	Juli ^a
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	68 298	70 876	69 186	68 932	69 093	73 112	73 295	73 084	72 902
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	66 472	69 135	67 459	67 203	67 388	71 530	71 737	71 556	71 352
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 729	9 817	10 306	9 781	9 698	10 654	10 693	10 178	9 884
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 466	9 594	10 078	9 623	9 538	10 235	10 291	9 816	9 632
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	264	223	228	159	160	419	402	362	253
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 961	6 082	6 277	6 227	6 213	5 662	5 578	5 603	5 565
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 190	4 587	4 804	4 816	4 734	4 424	4 392	4 378	4 371
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 770	1 495	1 473	1 455	1 480	1 238	1 185	1 169	1 194
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 782	53 236	50 876	51 195	51 476	55 213	55 466	55 830	55 902
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	37 401	39 954	38 321	38 577	38 805	41 429	41 779	41 997	42 143
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 381	13 282	12 555	12 618	12 671	13 784	13 687	13 833	13 759
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	42 502	45 182	43 001	43 514	43 765	47 229	47 420	47 916	48 628
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	26 271	28 203	26 885	27 473	27 613	29 220	29 384	29 866	30 453
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 983	21 686	20 525	21 078	21 066	22 530	22 772	23 257	23 722
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 288	6 518	6 360	6 395	6 547	6 689	6 612	6 609	6 731
*Spareinlagen	Mill. DM	16 231	16 978	16 117	16 041	16 152	18 009	18 036	18 050	18 175
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 174	12 894	12 325	12 310	12 363	13 129	13 145	13 153	13 225
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	1 039	781	1 132	990	928	848	1 138	895
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	946	980	777	1 223	879	785	821	1 124	770
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	64	73	87	59	82	78	80	52	73
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	352	330	345	383	306
*Wechselsumme	Mill. DM	2,5	2,6	4,6	2,6	2,2
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART				Vierteljahres- durchschnitt	2.Vj.85			2.Vj.86		
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 311,3	2 408,5	2 129,1	.	.	.	2 234,8	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 644,7	1 748,4	1 528,3	.	.	.	1 578,4	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 210,6	1 296,5	1 121,4	.	.	.	1 186,5	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	231,4	244,6	184,1	.	.	.	156,4	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	22,1	26,8	27,6	.	.	.	29,0	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,6	180,5	195,1	.	.	.	206,7	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	666,5	660,1	600,8	.	.	.	656,3	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	396,2	366,4	297,0	.	.	.	349,9	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	270,3	293,7	303,8	.	.	.	306,4	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	130,8	130,6	.	.	.	127,6	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	- 0,1	.	.	.	0,0	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,4	116,6	116,1	.	.	.	115,9	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	154,7	165,9	168,2	.	.	.	210,0	.	.
*Vermögenssteuer	Mill. DM	27,6	26,3	23,2	.	.	.	25,3	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	71,9	76,1	83,9	.	.	.	107,8	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	6,2	6,4	6,3	.	.	.	9,2	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,5	274,9	275,3	.	.	.	257,5	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,5	7,7	7,5	.	.	.	7,4	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	61,0	63,7	59,2	.	.	.	59,9	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	189,8	194,0	198,9	.	.	.	180,4	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 211,5	1 247,5	1 125,1	.	.	.	1 173,5	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	628,8	667,9	585,5	.	.	.	605,0	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	436,6	432,4	393,5	.	.	.	426,6	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	15,4	.	.	.	14,3	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 347,9	1 438,8	1 252,0	.	.	.	1 293,9	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,5	824,7	725,2	.	.	.	749,2	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391,4	431,8	343,3	.	.	.	320,5	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	15,4	.	.	.	14,3	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	473,7	487,6	486,5	.	.	.	470,1	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,3	161,2	168,1	.	.	.	151,8	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	236,7	245,5	242,0	.	.	.	241,1	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1984	1985	1985			1986				
			Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni		Juli
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	122,8	124,6	126,4	124,5	122,4	102,3	99,8	96,6	...	
Ausfuhrpreise	116,2	119,4	120,1	120,0	119,6	117,4	117,1	116,6	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	121,2	122,1	123,4	122,3	120,9	105,2	103,9	101,6	...	
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	119,2	121,8	122,0	122,1	121,9	118,6	118,5	117,7	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	106,9	103,1	104,1	103,7	102,7	97,3	p 98,9	p 98,8	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,0	114,5	.	.	114,8	116,1	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	116,1	115,2	115,5	115,1	114,4	109,8	108,8	107,2	...	
Einzelhandelspreise	115,6	117,5	117,9	117,6	117,0	117,7	117,7	117,2	116,9	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	118,4	121,0	121,3	121,1	120,7	120,9	121,1	120,5	120,2	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,0	116,9	117,8	117,2	116,0	118,5	118,9	118,4	117,2	
Bekleidung, Schuhe	115,7	118,4	118,1	118,1	118,3	120,5	120,5	120,6	120,7	
Wohnungsmieten	120,0	123,9	123,8	124,1	124,3	126,1	126,3	126,6	126,8	
Energie (ohne Kraftstoffe)	128,8	133,4	131,0	131,5	131,8	118,6	116,0	112,0	113,1	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,9	117,7	117,7	117,8	118,0	118,9	119,0	119,1	119,2	
LOHNE UND GEHALTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	686	699	.	706	
darunter *Facharbeiter	713	729	.	737	
*weibliche Arbeiter	467	481	.	485	
darunter *Hilfsarbeiter	446	460	.	467	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,69	17,07	.	17,15	
darunter *Facharbeiter	17,45	17,88	.	17,95	
*weibliche Arbeiter	11,72	12,17	.	12,25	
darunter *Hilfsarbeiter	11,23	11,70	.	11,80	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,0	40,8	.	41,2	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,8	39,5	.	39,6	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 981	4 123	.	4 127	
*weiblich	2 749	2 842	.	2 841	
Technische Angestellte										
*männlich	4 114	4 263	.	4 292	
*weiblich	2 692	2 772	.	2 777	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 265	3 374	.	3 381	
*weiblich	2 217	2 305	.	2 298	
Technische Angestellte										
männlich	3 255	3 397	.	3 424	
weiblich	(2 178)	2 161	.	2 178	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 492	3 610	.	3 617	
weiblich	2 363	2 456	.	2 449	
Technische Angestellte										
männlich	4 042	4 186	.	4 217	
weiblich	2 654	2 725	.	2 729	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuer-

umlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer a) Siehe Fußnote 2

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertigestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau ²⁾ in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
					Mill. DM				in 1 000			
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 960	281	17 648	546
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	13	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	14	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer fürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	insgesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt			
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
	in 1 000												
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^{a)}	54,7	
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^{a)}	62,0	
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8	
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	...	66,9	

Jahr	Steuern ⁷⁾							Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-bräuch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100						Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte			Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹¹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte	für Wohngebäude	insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾	
								kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamt A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM												
1981	107,8	106,0	105,9	106,3	104,8	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302	
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384	
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442	
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454	
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 505	2 616	

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau
 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein
 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer
 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1986			Bevölkerungsveränderung im März 1986			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden im August 1986 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	86 630	- 0,1	- 0,4	- 32	- 65	- 97	41	-	50
KIEL	245 194	+ 0,0	- 0,0	- 163	182	19	158	-	180
LOBECK	209 948	- 0,1	- 0,5	- 169	- 95	- 264	188	2	226
NEUMONSTER	78 126	- 0,1	- 0,7	- 46	- 5	- 51	65	1	65
Dithmarschen	129 220	- 0,1	- 0,6	- 58	- 10	- 68	106	3	142
Hzgt. Lauenburg	157 818	- 0,0	+ 0,0	- 72	58	- 14	82	1	101
Nordfriesland	161 292	- 0,1	- 0,3	- 32	- 122	- 154	147	6	205
Ostholstein	195 146	- 0,0	- 0,1	- 102	56	- 46	172	4	218
Pinneberg	260 527	+ 0,1	+ 0,4	- 110	295	185	158	3	202
Plön	118 212	- 0,1	- 0,3	- 38	- 91	- 129	79	1	109
Rendsburg-Eckernförde	247 557	- 0,0	+ 0,0	- 46	- 44	- 90	188	7	243
Schleswig-Flensburg	182 750	+ 0,0	+ 0,0	- 41	47	6	125	9	181
Segeberg	216 547	+ 0,0	+ 0,7	- 45	77	32	150	4	194
Steinburg	127 447	- 0,0	- 0,2	- 37	36	- 1	81	-	101
Stormarn	196 408	- 0,1	+ 0,5	- 95	- 79	- 174	100	2	127
Schleswig-Holstein	2 612 822	- 0,0	- 0,0	- 1 086	240	- 846	1 830	42	2 344

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1986	
	Betriebe am 31. 8. 1986	Beschäftigte am 31. 8. 1986	Umsatz ⁴⁾ im August 1986 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLensburg	69	8 686	146	35 796	32 072
KIEL	127	23 439	335	100 244	89 995
LOBECK	136	21 531	248	85 107	76 389
NEUMONSTER	70	10 122	107	35 928	32 021
Dithmarschen	76	6 640	237	70 631	57 137
Hzgt. Lauenburg	94	7 908	94	80 067	69 359
Nordfriesland	56	3 018	70	82 835	67 253
Ostholstein	79	6 196	98	91 417	78 586
Pinneberg	186	20 678	312	130 262	113 845
Plön	47	2 677	40	60 100	50 770
Rendsburg-Eckernförde	123	10 226	172	126 947	106 658
Schleswig-Flensburg	85	5 120	114	95 989	78 205
Segeberg	162	16 103	274	123 445	106 371
Steinburg	84	9 241	168	66 132	54 306
Stormarn	149	17 288	385	105 918	93 568
Schleswig-Holstein	1 543	168 873	2 798	1 290 818	1 106 535

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1986 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfalltägigen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1986			Arbeitsmarkt				*Viehbestände	
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 7. 1986	Kurzarbeiter Monatsmitte Juli 1986	offene Stellen am 31. 7. 1986	Schweine insgesamt am 3. 4. 1986	Rindvieh am 3. 6. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
Schleswig-Holstein	2 612,8	+ 4,8	- 0,0	108	2,8	4,6	1 779	1 594	490
Hamburg	1 577,0	- 12,1	- 0,7	94	3,1	3,6	8	14	3
Niedersachsen	7 193,2	+ 1,6	- 0,2	313	8,8	18,9	7 568	3 483	1 099
Bremen	41	1,4	2,1	8	23	5
Nordrhein-Westfalen	16 663,5	- 1,5	- 0,2	719	32,4	38,5	6 551	2 075	608
Hessen	5 528,9	+ 2,7	- 0,0	151	4,8	15,4	1 273	882	281
Rheinland-Pfalz	3 611,4	- 0,9	- 0,2	114	3,7	7,7	685	639	221
Baden-Württemberg	9 277,9	+ 4,3	+ 0,4	193	9,4	36,5	2 439	1 815	664
Bayern	10 977,8	+ 4,8	+ 0,2	264	15,8	33,2	4 545	5 210	2 025
Saarland	1 044,4	- 6,7	- 0,5	53	2,1	2,2	47	71	24
Berlin (West)	1 861,8	- 12,3	+ 0,8	82	2,6	6,8	3	1	0
Bundesgebiet	2 132	86,9	169,6	24 906	15 806	5 419

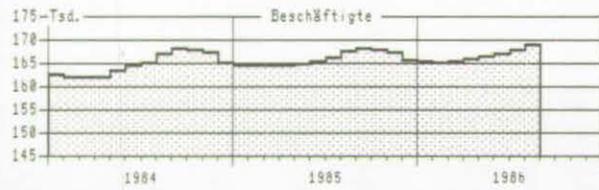
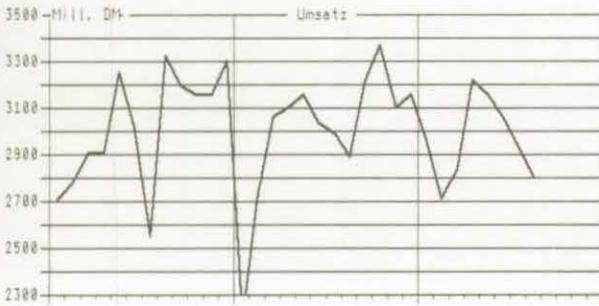
Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Mai 1986	
	Beschäftigte am 30. 6. 1986 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Juni 1986		Beschäftigte am 31. 5. 1986		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	167	3 061	22	39	15	891	3,4
Hamburg	138	5 932	15	23	14	242	1,5
Niedersachsen	646	12 959	33	108	15	1 943	2,7
Bremen	76	1 904	34	10	15	60	0,9
Nordrhein-Westfalen	1 959	35 079	30	223	13	4 705	2,8
Hessen	627	9 563	31	88	16	1 337	2,4
Rheinland-Pfalz	367	6 948	35	60	17	1 426	3,9
Baden-Württemberg	1 421	22 757	32	174	19	4 321	4,7
Bayern	1 339	20 796	34	227	21	4 721	4,3
Saarland	139	2 236	32	15	14	244	2,3
Berlin (West)	164	3 791	13	32	17	453	2,4
Bundesgebiet	7 044	125 026	30	1 000	16	20 343	3,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1986			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Juni 1986				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 6. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	1 257	1 075	411	1 742	31	2 297	134	6 899	550	512	...
Hamburg	661	594	376	1 018	5	1 304	129	10 227	733	2 983	...
Niedersachsen	3 548	3 012	418	3 993	126	5 233	134	8 647	556	509	...
Bremen	275	248	376	442	8	505	116	9 603	635	1 344	...
Nordrhein-Westfalen	7 846	7 000	420	8 598	149	10 865	128	9 491	609	911	...
Hessen	2 914	2 528	457	3 048	67	3 986	133	10 531	691	897	...
Rheinland-Pfalz	1 939	1 632	451	1 940	50	2 539	133	9 957	565	594	...
Baden-Württemberg	4 857	4 122	445	5 154	138	6 847	136	10 994	695	873	...
Bayern	5 806	4 738	432	6 565	229	8 671	136	11 217	602	687	...
Saarland	516	460	440	500	7	683	138	9 091	534	588	...
Berlin (West)	728	640	344	1 432	17	1 663	117	8 758	656	1 287	...
Bundesgebiet	30 347 ^{a)}	26 049 ^{a)}	428	34 701	843	44 900	132	9 932	620	845	...

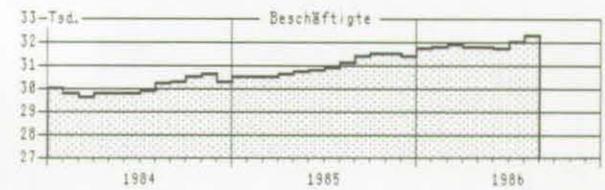
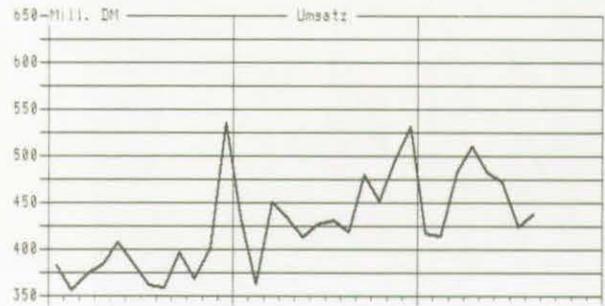
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt.
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Verarbeitendes Gewerbe

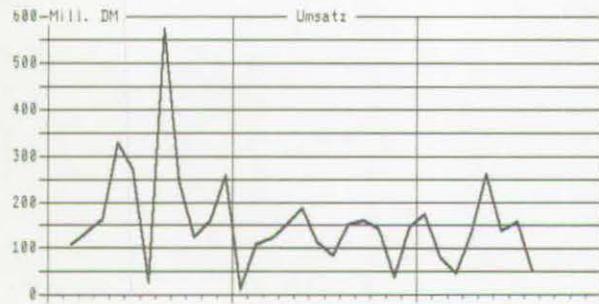
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



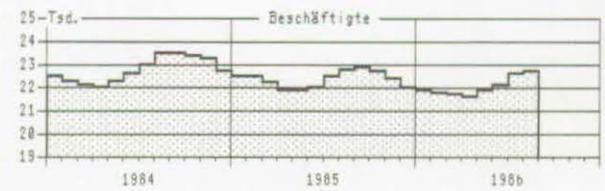
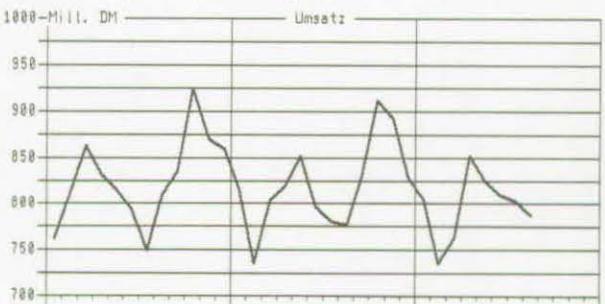
darunter Maschinenbau



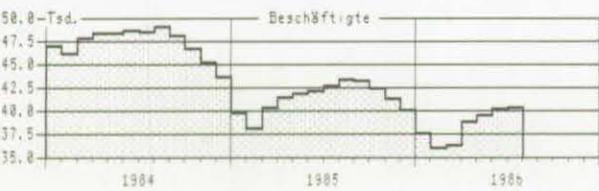
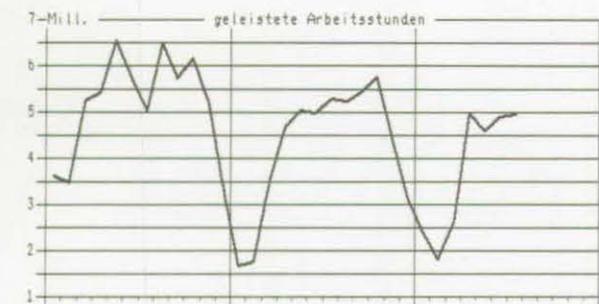
darunter Schiffbau



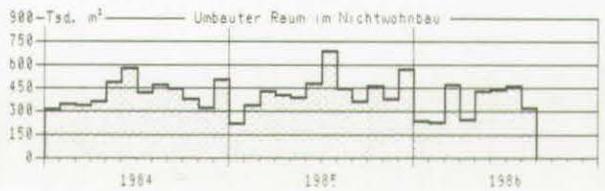
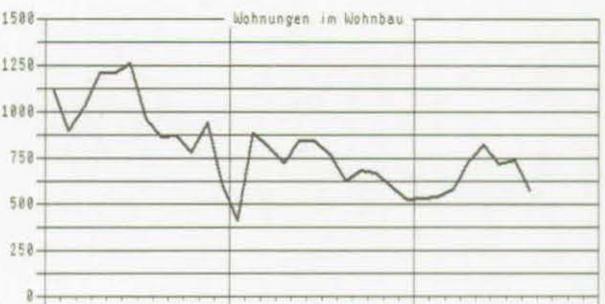
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -